

Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEFON: 45 16 31, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 20. Dezember 1960

Blatt 2627

49 Schwesterndiplome in der Krankenpflegeschule Lainz
=====

20. Dezember (RK)

Bürgermeister Jonas stattete gestern abend in Begleitung von Vizebürgermeister Slavik und Stadtrat Riemer sowie mehrerer Gemeinderäte der Krankenpflegeschule des Lainzer Krankenhauses einen Besuch ab, um den 49 Absolventinnen des dritten Jahrganges persönlich die Schwesterndiplome zu überreichen.

Der Bürgermeister erklärte in seiner Ansprache an die jüngsten diplomierten Krankenpflegerinnen, daß der Ruf nach mehr Krankenschwestern, Kindergärtnerinnen, Fürsorgerinnen und anderen Arbeitskräften in sozialen Berufen als eine Begleiterscheinung des großen Umwandlungsprozesses unserer Zeit gewertet werden müsse. Sie werden in immer größerer Zahl gebraucht, um die steigenden Anforderungen des heutigen Menschens befriedigen zu können. Der Krankenpflegerin werden dabei besondere Aufgaben gestellt, nämlich den hochtechnisierten Menschen dann zu helfen, wenn er sich am schwächsten fühlt. Der Bürgermeister richtete an die jungen Krankenpflegerinnen die Bitte, ihre Schulgemeinschaft in bester Erinnerung zu behalten und im weiteren Berufsleben immer ihren jugendlichen Frohsinn zu bewahren. Dem gesamten Lehrkörper dankte er für seine Bemühungen um die gewissenhafte Ausbildung unseres Pflegerinnennachwuchses. Er überreichte dann die Diplome und wünschte jeder einzelnen die besten Erfolge. Der städtische Personalreferent, Stadtrat Riemer, nahm die Verteilung der Schwesternbroschen vor. Im Namen der Krankenpflegeschule Lainz sprach Direktor Professor Primarius Dr. Schneiderbauer.

Im Anschluß an den festlichen Akt nahmen die Stadtväter an der Weihnachtsfeier der Krankenpflegeschule teil.

- - -

Ehrenzeichen für zwei verdiente Beamte der Stadtverwaltung
=====

20. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas überreichte heute früh in seinem Arbeitszimmer im Rathaus an zwei Beamte der Stadt Wien die ihnen vom Bundespräsidenten verliehenen Ehrenzeichen. Senatsrat Dr. Karl Tait, der Leiter des Referates für Rechts- und Allgemeine Angelegenheiten im Anstaltenamt, erhielt das Große Ehrenzeichen, der Leiter des Präsidialbüros im Stadtschulrat, Regierungsrat Josef Fiala, das Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.

Bürgermeister Jonas würdigte bei dieser Gelegenheit die besonderen Leistungen und die Verdienste der beiden Beamten. Mit dem Ehrenzeichen überreichte er ihnen auch ein Glückwunschsreiben des Bundeskanzlers.

Dem feierlichen Akt wohnten die Stadträte Dr. Glück, Riemer, Magistratsdirektor Dr. Kinzl und Stadtschulratspräsident Nationalrat Dr. Neugebauer bei.

- - -

Vorstand des "Kuratoriums Wiener Pensionistenheime"
=====

20. Dezember (RK) Der neugeschaffene Fonds "Kuratorium Wiener Pensionistenheim" hat bekanntlich die Aufgabe, Pensionistenheime für rüstige alte Menschen zu errichten und zu führen. Heute hat Stadtrat Sigmund in der Sitzung des Wiener Stadtsenates einen Vorschlag für die Zusammensetzung des Vorstandes dieses Kuratoriums vorgelegt. Für die Dauer der Wahlperiode des Wiener Gemeinderates werden bestellt: Stadtrat Maria Jacobi, Stadtrat Dr. Glück sowie die Gemeinderäte Maria Hlawka, Leo Mistingér, Leopoldine Schlinger, Dr. Helene Stürzer, Nationalrat Kommerzialrat Ehgartner, außerdem Direktor Hack, Regierungsrat Kowatsch, Regierungsrat Löwinger und Chefarzt Hofrat Dr. Tuchmann. Zum Präsidenten des Vorstandes wurde Stadtrat Maria Jacobi bestellt. Obermagistratsrat Dr. Leopoldine Jahudka, die Leiterin der Abteilung Erwachsenenfürsorge, ist ebenfalls Mitglied des Vorstandes.

- - -

Nach dem Umbau von Bellaria und Babenbergerstraße:

Bewährte Einbahnen werden beibehalten
 =====

20. Dezember (RK) Einige der mit dem Umbau der Ringkreuzungen bei der Babenbergerstraße und Bellaria eingeführten Verkehrsregelungen haben sich so gut bewährt, daß sie auch nach der Freigabe des Verkehrs über die Ringstraße beibehalten werden sollen. Stadtrat Sigmund stellte heute in der Sitzung der Wiener Landesregierung einen entsprechenden Antrag, der angenommen wurde.

Folgende im 1., 4. und 6. Wiener Gemeindebezirk gelegenen Verkehrsflächen werden zu Einbahnstraßen erklärt und dürfen nur in der angegebenen Richtung befahren werden:

Getreidemarkt, von der Mariahilfer Straße zur Linken Wienzeile, bzw. zur Friedrichstraße;

vorstadtseitige Friedrichstraße zum Karlsplatz;

vorstadtseitige Fahrbahn des Karlsplatzes zur Lothringerstraße;

vorstadtseitige Lothringerstraße, von der Maderstraße zur Johannesgasse;

stadtseitige Lothringerstraße, von der Johannesgasse zum Karlsplatz;

stadtseitige Fahrbahn des Karlsplatzes, von der Canovagasse zur Kärntner Straße;

stadtseitige Friedrichstraße, von der Kärntner Straße zur Operngasse;

Nibelungengasse einschließlich Schillerplatz, im Zuge der Nibelungengasse, von der Operngasse zur Babenbergerstraße;

Elisabethstraße einschließlich Schillerplatz, im Zuge der Eschenbachgasse, von der Eschenbachgasse zur Operngasse;

Fahrbahnen der Goethegasse zwischen Opernring und Schillerplatz, vor Hausnummer 2-4 in Richtung zum Schillerplatz, vor Hausnummer 5-7 zum Opernring.

Auf der stadtseitigen Fahrbahn der Lothringerstraße, vom Schwarzenbergplatz bis zur Canovagasse gleisseitig, und in der Nibelungengasse vor den Häusern 1, 2-4 und 10-12, ist das Halten und Parken für Fahrzeuge aller Art verboten.

Für den Bereich der Schottentorkreuzung wird ähnlich vorgegangen werden.

Neue Zweiganstalt der Zentralsparkasse in Mauer
=====

20. Dezember (RK) Heute früh wurde in Mauer die neugestaltete Zweiganstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien eröffnet. Generaldirektor Dr. Neubauer führte in seiner Ansprache aus, daß die neue Filiale in Mauer den Sparern und den Wirtschaftstreibenden in diesem Gebiet eine bequemere und raschere Abwicklung ihrer Geldgeschäfte ermöglichen soll. Bezirksvorsteher Radfux dankte der Zentralsparkasse, daß sie in diesem Gebiet eine moderne Zweiganstalt eingerichtet hat.

Die Filiale der Zentralsparkasse in Mauer kann auf eine interessante historische Entwicklung zurückblicken. Im August des Jahres 1923 beschloß die damalige Leitung der Sparkasse der Stadt Mödling die Errichtung einer Filiale in Mauer. Diese Filiale wurde vom Wiener Bankverein der Sparkasse der Stadt Mödling überlassen und konnte im Mai 1924 eröffnet werden. Im Jahre 1938 wurde dann diese Zweiganstalt in den Verband der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien aufgenommen. Heute zählt die Zweiganstalt Mauer zu den bedeutendsten Zweiganstalten des Institutes. Sie verwaltet derzeit fast 52 Millionen Schilling Spareinlagen und fast drei Millionen Geschäftsgelder. Den wirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragend, wurde diese Zweiganstalt nun modernst ausgestaltet. So wurde für die Sparer eine Sparkassenbuchschließfachanlage mit 140 Fächern eingebaut. Eine moderne Tag- und Nachttresoranlage, kombiniert mit einem Sparautomaten, steht ebenfalls zur Verfügung. Für starke Geschäftstage konnte eine schwenkbare Hilfskasse eingebaut werden.

- - -

Fahrpreis zu Weihnachten

=====

20. Dezember (RK) Montag, den 26. Dezember (Stefanitag), gilt auf der Straßenbahn und Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es haben daher die Sonn- und Feiertags-Zweifahrtenfahrtscheine zu vier Schilling im Tarifgebiet I oder II und auf den Ausnahmetarifstrecken "Mauer, Lange Gasse - Mödling" und "Kagraner Platz - Groß-Enzersdorf" sowie die Zweifahrten-Kinderfahrtscheine zu 50 Groschen im Tarifgebiet I und II Gültigkeit.

Die Kurz-, Teilstrecken-, Hin- und Rückfahrtscheine sowie sämtliche Wochenkarten sind an diesem Tage ungültig. Auch auf den Autobuslinien sind sämtliche Wochenkarten ungültig, es gelten aber die Übergangsfahrtscheine Straßenbahn (Stadtbahn) - peripherer Autobus zum Preise von 3.20, 3.60 und vier Schilling.

Auf den Strecken des Tarifgebietes II gilt der 2.20 Schilling-Fahrtschein (im Vorverkauf zwei Schilling).

Die Vorverkaufsstellen sind am Samstag, dem 24. Dezember, von 6.30 bis 14 Uhr, am Samstag, dem 31. Dezember, ganztägig und am Sonntag, dem 1. Jänner, von 8 bis 14 Uhr geöffnet. Am Sonntag, dem 25., Montag, dem 26. Dezember, und Freitag, dem 6. Jänner, bleiben sie geschlossen.

Die Kartenausgabekasse 6. Rahlgasse 3, ist am Samstag, dem 31. Dezember, von 8 bis 12 Uhr geöffnet, hingegen am Samstag, dem 24., Sonntag, dem 25., Montag, dem 26. Dezember, Sonntag, den 1. und Freitag, den 6. Jänner, geschlossen.

Mit Rücksicht auf die Weihnachtsferien der Schulen findet der Wertmarkenverkauf bei allen Vorverkaufsstellen ausnahmsweise bis einschließlich Dienstag, den 10. Jänner, statt.

- - -

Wiener Bevölkerungs- und Familienprobleme
=====

20. Dezember (RK) Der Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Wien, Obermagistratsrat Rutschka, sprach gestern vor Akademikerinnen über "Wiener Bevölkerungs- und Familienprobleme im Lichte der Zahlen" und befaßte sich hierbei vor allem mit der biologischen und ökonomischen Funktion der Familie. Auf Grund von Zahlenunterlagen traf er folgende bemerkenswerte Feststellungen: Das Wiener Geburtendefizit beruht nicht auf einer geringen Fruchtbarkeit der Wienerinnen, sondern auf der durch den Rückgang der Geburtenzahlen und durch die Verlängerung der durchschnittlichen Lebensdauer seit dem Beginn dieses Jahrhunderts eingetretene Überalterung der Bevölkerung. Keinesfalls kann die Frauenarbeit als ein die Fruchtbarkeit der Wienerinnen vermindender Faktor angesehen werden, und auch die relativ hohe Frühgeburtenhäufigkeit in Wien ist nicht eine Folge der Belastung der werdenden Mutter durch den Beruf, sondern wird von der physisch, sozial und materiell prekären Lage der ledigen Mutter entscheidend beeinflußt.

Abschließend warnte der Referent nachdrücklich davor, aus dem Individualeinkommen oder aus der Familiengröße - für sich betrachtet - Schlüsse auf das Lebensniveau zu ziehen. Dies würde einer billigen und unrealen Simplifizierung der komplizierten und komplexen Strukturschichtung der Familiengemeinschaften und ihrer Verdienstquellen gleichkommen, wie sie insbesondere im Großstadtraum sich entwickelt haben.

- - -

Die Budgetberatungen im Wiener Rathaus
=====

20. Dezember (RK) Heute früh wurden im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1961 fortgesetzt. Zur Verhandlung stand die Geschäftsgruppe VIII, Öffentliche Einrichtungen. Die Debatte zu dieser Gruppe fand bereits gestern statt. Stadtrat Koci sprach heute das Schlußwort. Er dankte einleitend allen Debattenrednern für ihre positive Einstellung zu dieser Geschäftsgruppe. Alle vier Redner haben auch über die Wiener Wasserversorgung und die Frage der Errichtung einer dritten Wasserleitung gesprochen. Zur Errichtung dieser Wasserleitung sind langwierige Vorarbeiten und Verhandlungen notwendig. Die Schwierigkeiten, die gerade einem solchem Projekt gegenüberstehen, sind sehr groß. Im November dieses Jahres hat im Gebiet von Ebreichsdorf und Moosbrunn, wo die Versuchsbrunnen errichtet wurden, ein Ortsaugenschein zwecks Genehmigung eines Großpumpversuches und des Wasserrechtes stattgefunden. Sämtliche beteiligten Ministerien und auch die Anrainer wurden dazu eingeladen. Dieser Versuch wird nun um viele Monate verzögert, da alle vom Verhandlungskomitee vorgeschriebenen Maßnahmen erfüllt werden müssen. Es geht vor allem darum, wohin das Wasser bei einem solchen Großpumpversuch abgeleitet werden kann und um die Feststellung, daß der Wasserbezug der Anrainer durch die Errichtung eines Pumpwerkes nicht geschmälert wird. Zur Ableitung des Wassers für einen Großpumpversuch müssen Gerinne errichtet werden, die Millionenbeträge erfordern. Außerdem wird die Errichtung solcher Gerinne voraussichtlich acht bis zehn Monate in Anspruch nehmen. Erst nach Durchführung dieser Maßnahmen wird die Oberste Wasserrechtsbehörde ihre Zustimmung zu diesen Großpumpversuchen geben. Es wird dann neuerlich zehn bis zwölf Monate dauern, bis die Gemeinde Wien den Beweis erbringen kann, daß durch die Wasserentnahme niemand geschädigt wird. Schließlich müssen auch die Interessen der Landwirtschaft und der angrenzenden Gemeinden gewahrt werden. Verzögernd auf die Verhandlungen hat sich auch ein Einspruch der Naturschützer ausgewirkt. Das in Frage stehende

Gebiet wurde während des Krieges wegen seines besonderen Pflanzenwuchses und Vorkommen verschiedener seltener Tierarten als Naturschutzgebiet erklärt. Es ist aber zu hoffen, daß man auch mit der Naturschutzbehörde zu einer Einigung kommt.

Zur Forderung, die Straßen und Parkanlagen müßten mit Nutzwasser besprengt werden, ist zu sagen, daß dies schon seit Jahren geschieht. Es wird neben dem Wasser aus dem Donaukanal auch der Wienfluß dafür herangezogen. Heuer wurden auch zwei Brunnen zu diesem Zweck instandgesetzt.

GR. Peter habe die Art der Verhandlungen in diesem Hause kritisiert. Dazu ist zu sagen, daß die Mehrheit der Bevölkerung in dieser Stadt kaum das Verlangen nach einer Verwaltung hat, wie sie während der Zeit von 1934 bis 1945 war. Sein Wunsch nach vermehrter Anbringung von Straßentafeln kann leider auch heuer nicht erfüllt werden. Das scheitert nicht an den Mitteln, sondern an der Tatsache, daß die Industrie auf diesem Sektor voll ausgenützt ist. Leider kommen auch nachträgliche Straßenaufgrabungen vor, wenn sich nach der Fertigstellung einer Straße ein Gebrechen an irgendeiner Leitung zeigt oder auch, wenn von einem Geschäft oder Betrieb ein verstärkter Stromanschluß oder ähnliches verlangt wird. Alle zuständigen Abteilungen haben aber bereits eine weitgehende Koordinierung bei Straßenbauten erreicht.

Den Antrag des GR. Peter, eine Beschwerdestelle einzuführen, empfiehlt der Redner dem Magistrat zur weiteren Behandlung zuzuweisen. Die Wiener Bevölkerung hat aber bisher auch ohne Beschwerdestelle ihre Wünsche über öffentliche Einrichtungen laufend übermittelt.

Da in der Stadtrandsiedlung im 21. Bezirk bei zwölf Brunnen eine Verseuchung aufgetreten ist, hat sich die Stadtverwaltung entschlossen, für die Gebiete der Großfeld- und Nordrandsiedlung eine Notversorgung mit Trinkwasser zu errichten. Die Aufträge sind bereits ergangen. Die Gemeinde ist auch bestrebt, das Kanalsystem in jenen Siedlungsgebieten, die noch immer Senkgruben haben, vordringlich auszubauen. Ein großes Tiefbauprogramm ist in Vorbereitung.

Der Referent empfiehlt, den Antrag des GR. Dr. Strunz bezüglich einer Brunnenschrägfassung dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zuzuweisen, jedoch den Antrag auf Verwendung von Kunststoffrohren bei den Wasserwerken abzulehnen, weil die Erfahrungen im In- und Ausland gezeigt haben, daß Kunststoffumhüllungen einen großen Anziehungspunkt für Mäuse darstellen.

Die Behebung von Schäden durch Kellerüberflutungen im Liechtental ist nur durch Aufwendung hoher Kosten möglich. Würden die Hausinhaber die Kanalöffnungen in den Kellern besser abdichten, und den Aufträgen der Baubehörde Rechnung tragen, so würden damit bereits sehr viele Mißstände behoben werden können.

Die besondere Kenntlichmachung des Straßenpersonals erweist sich als notwendig, um Unfälle zu vermeiden. Der Österreichische Städtebund hat darum seinen Mitgliedern empfohlen, die Straßenarbeiter mit einem Gürtel in rot-weiß-roter Farbe und mit einem Streifen in gleicher Farbe auf dem Kappenrand zu kennzeichnen. Die Lieferung der bestellten Kennzeichnungen ist in Wien mit Jahresende bereits zu erwarten. Auch die neue Straßenverkehrsordnung enthält diesbezüglich strenge Vorschriften.

Stadtrat Koci spricht sich gegen die Errichtung einer Radarstation auf dem Hochschneeberg aus, weil dadurch die Trinkwasserversorgung der Stadt Wien gefährdet werden könnte.

Abschließend ersucht der Referent, den Ansätzen seiner Geschäftsgruppe die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Bei der Abstimmung werden die Budgetansätze für Öffentliche Einrichtungen einstimmig angenommen. Der Antrag des GR. Peter auf Errichtung einer Beschwerdestelle wird dem Magistrat, der Antrag des GR. Dr. Strunz auf Berücksichtigung der technischen Erfahrungen hinsichtlich Brunnenschrägfassung dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen und der Antrag auf Verwendung von Kunststoffrohren bei den Wasserwerken abgelehnt.

- - -

Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen
=====

Über die Geschäftsgruppe IX, Wohnungs-, Siedlungs- und Kleingartenwesen, berichtet Stadtrat Glaserer (SPÖ). Er erinnert einleitend an seine Erläuterungen zum Voranschlag der Jahre 1959 und 1960, in denen er mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen hat, daß der Ablauf des Neuvermietungs-gesetzes eine ständige und steigende Verschlechterung im Wohnungswesen unserer Stadt mit sich bringen muß. Das Fehlen jeder gesetzlichen Regelung mußte dazu führen, daß die Zahl der Vormerkungen weiter ansteigt, da es einfach unmöglich ist, im städtischen Bereich allein den wohnungsbedürftigen Familien helfen zu können. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Wohnungswerber wieder um 3.000 gestiegen, sodaß es mit Stichtag 30. November 39.327 Vormerkungen gibt.

Diese gliedern sich: Einsturzgefahr 868, bestehende Obdachlosigkeit 4.159, drohende Delogierung 6.216, schwere Gesundheitsgefährdung 181, Überbelag 17.141, gesundheits-schädliche Wohnungen 8.978 und getrennter Haushalt 1.784.

Diese Statistik beweist eindeutig, wie groß der Mangel an Wohnungen ist.

Auf der anderen Seite aber - am privaten Wohnungssektor unserer Stadt - stehen viele tausende Wohnungen leer. Nur weil die Wohnungsbedürftigen zum allergrößten Teil unbemittelt und daher nicht in der Lage sind, die Phantasieablösen zu erlegen, wird der Wohnraum einfach nicht vermietet und damit dem Zweck, dem er dienen soll, entzogen. Das Leerstehen von Wohnungen ist aber nur eine Art von Zweckentfremdung. Eine andere Art von Zweckentfremdung ist die Umwandlung einer sehr großen Zahl von guten Wohnungen in Büroräume, in Werkstätten, in Magazine, usw.

Wir besitzen heute eine zweieinhalbjährige Erfahrung, wie die Verteilung aussieht, wenn sie nach den Gesichtspunkten der kapitalistischen Marktwirtschaft - also nur nach den Spielregeln von Angebot und Nachfrage - vor sich geht.

Diese Situation, erklärt der Referent, zwingt mich geradezu von dieser Stelle aus zu sagen; wird brauchen dringendst gesetzliche Regelungen, und zwar eine, die zunächst den am privaten Sektor vorhandenen guten Wohnraum sichert oder vor Zweckentfremdung schützt und eine, die den vorhandenen Wohnraum gerechter verteilt. (Beifall SPÖ.)

Es ist mir vollkommen bewußt, daß ich mit diesem Verlangen den Unmut bestimmter Kreise erregen werde, die seit langem behaupten, Wiens Wohnungsnot sei keine echte - sie sei künstlich hervorgerufen und verweisen darauf, daß wir in unserer Stadt im Jahre 1900 genau die gleichgroße Einwohnerzahl hatten wie heute, aber nur die Hälfte der Wohnungen von heute. Und sie meinen, es gab damals keine Wohnungsnot.

Richtig ist, daß es damals genügend sofort beziehbare Mietwohnungen gab. Man verschweigt allerdings dabei, daß die Mietzinsbildung der damaligen Zeit zur Folge hatte, daß in mehr als einem Drittel aller Wiener Wohnungen Untermieter und Bettgeher aufgenommen werden mußten. Wenn wir uns der Argumentation dieser Kreise anschließen wollten, dann reden wir ja kein Wort mehr über familiengerechtes Wohnen. Hier hat erst das kommunale Bauen eine entscheidende Besserung herbeigeführt.

Der soziale Wohnhausbau unserer Stadt wäre keine soziale Leistung, würde nicht damit auch die soziale Mietzinsbildung verbunden sein. Erst beides zusammen ergibt die große familienpolitische Leistung der Gemeinde Wien.

Das Hauptproblem im Wiener Wohnungswesen ist sicher der qualitative Notstand. Die arbeitenden Menschen unserer Stadt wollen einfach nicht mehr in jenen Quartieren hausen, die eine vergangene Epoche für sie und nur für sie, gebaut hat. Diese typischen Wiener Mietzinswohnungen entsprechen einfach nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit - dem heutigen Begriff von Wohnkultur. Dieses Problem kann nur durch größte Anstrengung am Bausektor gelöst werden. Der akute Notstand aber erfordert die sofortige Lösung. Und diese sofortige Lösung ist ohne gesetzliche Regelung nicht möglich.

Was sind nun die Ursachen, die diesen akuten Notstand hervorrufen?

Der Referent erinnert daran, daß sich der Substanzverlust, hervorgerufen durch Einsturz und Assanierung, um 2.000 Wohnungen jährlich bewegt, daß wir über 10.000 Fälle in Vormerkung haben, wo die Obdachlosigkeit bereits gegeben ist oder unmittelbar bevorsteht, daß wir 9.000 Familien - in Wirklichkeit ist diese Zahl weitaus größer - in gesundheitsschädlichen Wohnungen haben. Dieser akute Notstand wird sehr stark durch die Wanderbewegung zwischen Wien und den Bundesländern verursacht. Der Überschuß aus dieser Wanderbewegung beträgt im Durchschnitt pro Jahr mehr als 20.000 und hält im gleichen Ausmaß weiter an. Erhält nun eine solche Familie eine Gemeindewohnung, dann gibt es überall Aufregung - weil dadurch die bodenständige Wiener Familie benachteiligt wird. Das stimmt sogar - aber am privaten Sektor haben wir ja keine Möglichkeit zu helfen. Meistens ist es doch so, daß sich diese Familie in Wien vermehrt hat. Das sind dann bereits Wiener Kinder, denen wir helfen. Wien lebt wie jede Großstadt vom Zuzug.

Die Magistratsabteilung 50, Allgemeine und rechtliche Angelegenheiten des Wohnungswesens, kann nur versuchen, aus der großen Zahl der Vormerkungen den größten Notstand zu lindern. Es muß daher jeder gelöste Fall zum Protektionsfall werden, da hunderte oder tausende gleichgelagerte Fälle nicht gelöst werden können.

Es wurden in der Zeit vom 1. Jänner bis 30. November 1960 zugewiesen: Familien aus einsturzgefährdeten Wohnungen und freizumachenden Objekten (Assanierung und Bauvorhaben der Stadt Wien) 922, obdachlose Familien aus städtischen Herbergen und sonstigen Notunterkünften 431, von Obdachlosigkeit bedrohte Familien 376, Fälle wegen offener Tbc 43, Familien aus überbelegten Wohnungen 901, Familien aus gesundheitsschädlichen Wohnungen 491, Ehepaare - getrennter Haushalt 68, Fälle wegen sozialen Notstandes 1.062, Ordinationen 28, also insgesamt 4.322 Wohnungen.

Im Zusammenhang teilt er dem Gemeinderat mit, daß das Obdachlosenheim in Mauerbach bis auf den letzten Insassen geräumt werden konnte. (Beifall.)

Daß die Wohnungsnot in Wien nicht nur quantitative und qualitative Ursachen hat, zeigt die Zahl von 1.062 Fällen, deren

Notstand gar nicht in der Obdachlosigkeit oder in der drohenden Obdachlosigkeit begründet erscheint, auch nicht durch den schlechten Bauzustand der Wohnung hervorgerufen wird, sondern vielmehr in einem sozialen Notstand besteht. Alter, Krankheit, Körperbehinderung usw., können einen derartigen sozialen Notstand bilden.

Wir hören es immer wieder von den Jubelpaaren, die zur Goldenen oder Diamantenen Hochzeit zu einer kleinen Feier ins Rathaus gebeten werden, daß sie wohl eine Wohnung haben, diese aber im dritten oder vierten Stock gelegen ist. Die Wohnung sei in Ordnung, aber für sie ungeeignet geworden, denn Alter und Krankheit haben ihnen ihre Bewegungsfreiheit genommen und es sei schwer für sie, die Stockwerke zu steigen.

Aber nicht nur alte Leute, sondern auch jüngere Menschen, die schwer krank oder körperbehindert sind, können oft nur unter größter Anstrengung ihre hochgelegene Wohnung erreichen. Wir werden immer bemüht sein, auch Fälle dieser Art im Rahmen des Möglichen zu lösen.

Dazu kommen tausende Hausbesorger, die jahrzehntelang brav und fleißig ihre Häuser betreut haben, jetzt schon wegen Erreichung der Altersgrenze oder wegen Krankheit die Rente zugesprochen erhielten, jedoch weiter Dienst versehen müssen, da sie sonst ihre Dienstwohnung verlieren und obdachlos sein würden. Wir haben im laufenden Jahr 285 ehemalige Hauswarte untergebracht, doch gibt es tausende solcher Wünsche, die unberücksichtigt bleiben müssen.

Die soziale Stellung der zugewiesenen Wohnungswerber bei den genannten 4.322 Wohnungen ergibt folgendes Bild: Bundesangestellte 394, Gemeindeangestellte 447, Pensionisten und Rentner 806, Arbeiter in der Privatwirtschaft 1.862, Angestellte in der Privatwirtschaft 562, Freiberufliche und Selbständige 251.

Bei den im Jahre 1960 zur Verfügung gestandenen Wohnungen waren auch rund 300 Wohnungen enthalten, die aus den Mitteln des Wohnbauförderungsfonds errichtet wurden.

Bei der Vergebung dieser Wohnungen wurde versucht, einen Teil jener Fälle zu lösen, wo wir bereit waren, mit Rücksicht auf die Stellung, bzw. den Beruf der Bewerber, den größeren Wohnbedarf, bzw. die Notwendigkeit eines eigenen Arbeitsraumes

anzuerkennen. Dabei war auch der Umstand maßgebend, daß bei diesen Wohnungen ein höherer Zins als bei den Gemeindewohnungen eingehoben wird, dessen Höhe aber den Bewerbern einer solchen Wohnung auch zugemutet werden kann. Dadurch wird vielen Künstlern, Wissenschaftlern und Schriftstellern die Möglichkeit geboten, ihre Tätigkeit unter besseren Wohnungsbedingungen ausüben zu können.

Die zweite Abteilung der Geschäftsgruppe IX, die Magistratsabteilung 52, besteht aus der Wohnhäuser- und Amtshäusergruppe, der Gruppe Siedlungs- und Kleingartenwesen, sowie der städtischen Herbergen für Obdachlose, welche zu Beginn des laufenden Jahres von der Geschäftsgruppe V in die Geschäftsgruppe IX überstellt wurde. Der Personalstand dieser vier Gruppen beträgt insgesamt 294 Bedienstete.

Die städtische Wohnhäuserverwaltung, die größte und ständig noch größer werdende Gruppe dieser Abteilung, hat in der Zeit vom 1. Jänner 1960 bis 30. November 1960 2.665 Wohnungen und 374 Geschäftsräume neu in ihre Verwaltung übernommen. Insgesamt werden daher mit Stichtag 30. November 1960 138.816 Mietobjekte von dieser Gruppe verwaltet. Von diesen 138.816 Mietobjekten wurden 2.232 Wohnungen und 149 Geschäftsräume mit Wohnbauförderungs Mitteln errichtet. 2.568 Wohnungen sind bereits mit einer besseren Ausstattung versehen.

Für das kommende Jahr ist mit einem weiteren Zuwachs von rund 4.500 Mietobjekten zu rechnen. Diese werden alle eine bessere Ausstattung aufweisen und zum Teil über eine Zentralheizung verfügen.

Auch die Zahl der in unseren städtischen Wohnhäusern eingebauten Aufzüge hat sich im Berichtsjahr um 82 erhöht. Zusammen verfügen wir nun über 398 Aufzüge.

Zum erstenmal wurde in diesem Jahr von der bisher geübten Art der Aufzugsbenützung mittels Aufzugsschlüssel oder Münzeinwurf abgegangen und die Aufzüge auf Selbstfahrbetrieb eingerichtet. Dies bedeutet, daß jedermann den Aufzug ohne Schlüssel, ohne Einwurf einer Münze benützen kann. Die Instandhaltungs- und Betreuungskosten des Aufzuges werden in diesen Fällen mit 50 Groschen pro Quadratmeter Mietfläche und Monat berechnet. Es ist dies zunächst ein Versuch, von dem wir hoffen, daß er sich bewähren wird.

Zu Beginn des Jahres 1960 waren in den städtischen Wohnhäusern insgesamt 2.475 maschinell eingerichtete Kleinwaschküchen in Betrieb. Im laufenden Jahr sind 94 Kleinwaschküchen durch Neubauten hinzugekommen. 278 Waschküchen wurden nachträglich maschinell eingerichtet. Somit gibt es in städtischen Objekten 2.847 maschinell eingerichtete Kleinwaschküchen. Insgesamt wurden bisher 1.029 Waschküchen nachträglich maschinell ausgestattet und dafür ein Betrag von rund 25 Millionen Schilling aufgewendet. Für die Modernisierung der rund 1.000 maschinellen Waschküchen mit kohlenbeheizten Einrichtungen werden einschließlich der baulichen Kosten insgesamt rund 20 Millionen Schilling erforderlich sein. Im Haushaltsplan des Jahres 1961 sind hierfür drei Millionen Schilling vorgesehen.

Der Mietzins in unseren kommunalen Bauten - die mit besserer Ausstattung versehen sind - ist bekanntlich mit zwei Prozent des Bauaufwandes festgesetzt. Im nun auslaufenden Jahre bewegten sich die Grundzinse zwischen 3.30 und vier Schilling.

Auch im Budgetjahr 1961 wird, wie schon im Vorjahr, ein beträchtlicher Teil der Mietzinseinnahmen in besonders dringlichen Fällen für die Verstärkung von Steigleitungen verwendet werden müssen, da diese den an sie gestellten Anforderungen infolge der immer mehr zunehmenden Verwendung von elektrischen Haushaltgeräten nicht mehr genügen.

Der Voranschlag weist voraussichtliche Gesamteinnahmen in der Höhe von rund 189 Millionen Schilling auf, denen Gesamtausgaben in der voraussichtlichen Höhe von rund 241 Millionen Schilling gegenüberstehen. Der Referent bemerkt hiezu, daß in der Gesamtausgabepost die Wertabschreibung in der Höhe von rund 60 Millionen Schilling enthalten ist. Bei der Außerachtlassung dieser Wertabschreibung ist der Voranschlag dieser Rubrik ausgeglichen. Es werden auch im kommenden Jahr wieder wertvermehrende Investitionen durchgeführt.

Derzeit sind insgesamt rund 5,334.200 Quadratmeter an Bau- und Pachtrenten vergeben, fünf Stadtrandsiedlungen direkt verpachtet.

Zu Beginn des Jahres 1960 waren rund 6,3 Millionen Quadratmeter städtische Grundflächen für kleingärtnerische Nutzung zur Verfügung gestellt. Trotz Freimachung für das städtische Wohn-

bauprogramm und genossenschaftliche Bauvorhaben wurden die für Kleingartenzwecke in Bestand gegebenen Flächen - wenn auch nur unbedeutend - vermehrt. 40.000 Quadratmeter Ernteland wurden für verschiedene Zwecke freigemacht. Zur Zeit werden noch 740.000 Quadratmeter gemeindeeigenen Grundes erntelandmäßig genutzt. Sowohl auf dem Gebiet des Kleingarten- als auch des Erntelandwesens, stellt die Freimachung von städtischen Grundflächen für das Wohnbauprogramm und andere öffentliche Zwecke eine nur unter den schwierigsten Verhältnissen abzuwickelnde Tätigkeit dar.

Dem Zentralverband der Kleingärtner, Siedler und Kleintierzüchter Österreichs wurde 1960 für Darlehen an einzelne Kleingartenvereine ein Rahmenkredit von 200.000 Schilling eingeräumt. Für 1961 ist wieder derselbe Betrag präliminiert.

In Verwaltung der Gruppe Amtshäuser stehen mit Stichtag 31. Oktober 1960 insgesamt 131 gemeindeeigene Objekte, wovon sich 124 Amtshäuser und Häuser für verschiedene Zwecke in Wien und sieben Amtshäuser außerhalb Wiens befinden. Außerdem wird noch ein Objekt, das Eigentum der Republik Österreich ist und sich außerhalb Wiens befindet, treuhändig verwaltet.

Die Herbergen für Obdachlose wurden im Jänner 1960 aus der Geschäftsgruppe V ausgeschieden und in die Geschäftsgruppe IX eingegliedert. Am 2. Jänner 1960 war in allen Heimen ein Gesamtbelag von 1.950 Personen. Nach der Auflassung des Heimes Mauerbach erhielten von den 98 in diesem Heim befindlichen Familien 86 Familien Gemeindewohnungen. Ende November 1960 beträgt der Gesamtbelag in allen Heimen und Herbergen 1.624 Personen.

Zu den Asylen bemerkt der Referent, daß sowohl das Männerheim Meldemannstraße mit einem Stand von 560, als auch das Frauenheim in der Arsenalstraße mit einem Belag von 250 zur Gänze belegt sind.

Die Debatte über das Wohnungswesen

GR. Hausner (KLS) bezeichnet die Feststellungen des StR. Glaserer als den erschütterndsten Bericht dieser Budgetdebatte, weil daraus hervorgehe, daß in einer Zeit des sogenannten Wohlstandes und des Frunkes in Wien die Zahl der wohnungsbedürftigen Menschen, der Obdachlosen und der Notstandsfälle wieder stark gestiegen ist. Das Ergebnis der freien Wohnungswirtschaft ist, daß heute auf dem Wohnungsmarkt für Zimmer und Küche 20.000 Schilling, für Zimmer, Kabinett und Küche 41.000 Schilling und für eine Zweizimmerwohnung mit Bad 74.000 Schilling verlangt werden können. Der Redner verlangt die Annahme einer Resolution, in der der Gemeinderat die Bundesregierung auf die große Wohnungsnot in Wien und auf den unerhörten Wohnungsschacher aufmerksam machen und von der Regierung fordern soll, daß ehestens ein wirksames Wohnungsanforderungsgesetz geschaffen wird, das auch eine gerechte Zuteilung der Wohnungen unter öffentlicher Kontrolle sichert.

Gemäß einem zweiten Resolutionsantrag sollte der Gemeinderat das Kostendeckungsprinzip bei Wohnungen, die aus Gemeindemitteln errichtet werden, verwerfen und darauf dringen, daß der kommunale Wohnbau ein sozialer Wohnbau ist, wo der Mietzins nur die Verwaltungs- und Instandsetzungskosten deckt.

Bei den Althäusern, die sich in desolatem Zustand befinden, müßten die Hausinhaber gezwungen werden können, alle Zinseinnahmen abzüglich der Verwaltungskosten für die Instandhaltung zu verwenden. Auch die Sozialisten müßten endlich einen Antrag auf Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds im Wiener Gemeinderat einreichen. In einem dritten Resolutionsantrag verlangt der Redner, daß die mit der Baupolizei befaßten Magistratsabteilungen 35 bis 37 zur Verwaltungsgruppe Bauangelegenheiten kommen und der Stadtrat dieser Verwaltungsgruppe verpflichtet sein soll, dafür zu sorgen, daß in jenen Fällen, in denen die Eigentümer von Altmiekhäusern die Instandhaltung vernachlässigen, Organe der Gemeinde entsprechende Anträge auf sofortige Durchführung der notwendigen Instandsetzungsarbeiten aus dem Hauptmietzins stellen.

In dieser Zeit des dringenden Wohnungsbedarfes dürfte die Baupolizei eine Abbruchgenehmigung nur dann erteilen, wenn die Mieter in gleichwertigen (anderen Wohnungen untergebracht wurden. Vor allem darf auch nicht früher delogiert werden. (GR. Bock: Das liegt leider nicht in der Kompetenz der Gemeinde Wien!) Das Wiener Wohnungsamt ist sicherlich in einer bedauernswerten Situation, aber was man von ihm verlangen muß, ist ein System, das die möglichst gerechte Verteilung der Wohnung garantiert. Was in Graz geht, muß auch in Wien möglich sein.

Der Redner verlangt eine gründliche Veränderung der gesamten Wohnungs- und Zinspolitik, die volle Wiederherstellung des Mieterschutzes für alle Mieter, die Beschränkung der Hausherrenrechte auf den Stand der Ersten Republik, die volle Wiederherstellung des Wohnungsanforderungsrechtes für freiwerdende Wohnungen, ein Verbot von Zinserhöhungen, eine Verstärkung und Beschleunigung des sozialen Wohnungsbaues sowie die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds, die Unterordnung der Sonderinteressen der Haus- und Grundbesitzer unter die allgemeinen Interesssen der Bevölkerung sowie eine Förderung des Wohnbaues auf genossenschaftlicher Basis und die Förderung von Eigenheimbauten, wobei aber die entscheidende Form des Wohnungsbaues der soziale Wohnhausbau sein muß. Zurück zur sozialen, weil menschlichen Wohnpolitik, die jedem Wiener das Recht und die Aussicht gibt, in eine gesunde, menschenwürdige und seinem Familienstand entsprechende Wohnung gelangen zu können.

Die kommunistische Fraktion wird auf Grund der bisherigen Wohnungspolitik diesem Kapitel die Zustimmung nicht erteilen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ) stellt fest, er habe bereits in der Generaldebatte darauf verwiesen, daß zur Lösung der Wohnungsfrage neue Gedanken, Ideen und Vorschläge notwendig wären. Angesichts der erschütternden Zahl der Wohnungssuchenden, die von Stadtrat Glaserer genannt wurde, möchte er diese Forderung wiederholen. Die Gemeindeverwaltung tue sicherlich viel auf dem Sektor des Wohnungsbaues. Der Wohnungsbau allein kann aber das Wohnungsproblem nicht lösen. Die vielgepriesene Koalition habe leider auf dem Wohnungssektor durch die Verschiedenartigkeit ihrer Meinungen noch zu keiner Lösung kommen können, sie befinde sich vielmehr in einer Sackgasse.

(Zwischenruf GR. Jodlbauer (SPÖ): Geben Sie uns doch ein Konzept!) Der Redner stellt fest, daß es in dieser Frage sicherlich keine Patentlösung gibt. Die Vertreter der Koalition müßten jedoch bei ihren Fraktionskollegen im Parlament auf eine gesetzliche Lösung dringen. Der Koalitionsausschuß müßte einmal ein Obdachlosenheim besuchen, dann würde er sicher rascher handeln. (Zwischenruf GR. Traxler (SPÖ): Wir sind nicht dafür verantwortlich, daß 80.000 Wohnungen durch Bomben zerstört wurden!) Andere Länder, die gleichfalls stark unter den Kriegsfolgen gelitten haben, wären auf dem Wohnungssektor schon bedeutend weiter. Man könne der Gemeindeverwaltung auch nicht den Vorwurf ersparen, daß sie zwar immer den Ruf nach einem Assanierungsgesetz erhebt, ihre eigenen alten, baufälligen Gebäude aber nicht abreißt. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf das Haus 15, Kellinggasse 4. Für dieses Haus bestehe seit 1938 ein Abbruchplan. Es steht aber heute noch. Viel wird auch davon gesprochen, daß der Wohnraum in Privathäusern in großem Maße zweckentfremdet wird. Es erhebt sich hier die Frage, warum Räumlichkeiten der städtischen Wohnhäuser in großer Zahl an politische Parteien vergeben werden. Man kann nicht auf der einen Seite etwas anprangern, auf der anderen Seite aber selber tun. Angesichts der großen Wohnungsnot wäre die Vergebung von solchen Wohnflächen an politische Parteien nicht zu vertreten. Der Redner stellt einen Beschlußantrag, der die Vergebung solcher Lokalitäten an politische Parteien oder ihre Organisationen untersagt. Als gleichfalls unhaltbaren Zustand bezeichnet er die Art der Vergebung von Garagen in städtischen Wohnhausanlagen. Eine solche Garage wird nicht von der Hausverwaltung vermietet, sondern von einem sogenannten Generalmieter, nämlich dem ARBÖ. Durch eine derartige Maßnahme werden dem ARBÖ zwar neue Mieter und Gelder zugeführt, im Interesse der Bevölkerung liegt dies aber nicht. Der Redner stellt daher den Beschlußantrag, daß Einstellplätze in den städtischen Wohnhäusern direkt an die einzelnen Bewerber vermietet werden sollen ohne Einschaltung einer Kraftfahrerorganisation.

Anlaß zur Kritik gebe auch die Vergebung der Geschäftslokale. Der Konsum wird bei allen städtischen Wohnhausbauten gegenüber anderen Lebensmittelgeschäften bevorzugt. Eine derartige Bevorzugung müßte unterbleiben.

Der Redner kommt sodann auf die Art der Wohnungsvergebung zu sprechen und fordert in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung eines Punktesystems, ähnlich dem der Stadt Graz. Die Wohnungsvergebung wird bei uns stark, teils berechtigt, teils auch unberechtigt, kritisiert. Gegen die Vergebung von Wohnungen an Volksdeutsche und Heimatvertriebene könne nichts eingewendet werden. Diese Menschen haben alles verloren und sich gut in unseren Arbeitsprozeß eingegliedert. Bei Ausländern aber, die erst vor kurzem die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten haben, müßte man den einzelnen Wohnungsfall genau unter die Lupe nehmen.

Der Redner kommt sodann nochmals auf die Einführung eines Punktesystems zu sprechen. Jeder Wohnungswerber wüßte dadurch wie er eingestuft ist und ob er Aussicht auf eine Wohnung hat. Aufgabe des Gemeinderates wird es sein, hier Richtlinien auszuarbeiten. Dadurch würde sicherlich kein großer Verwaltungsaufwand erforderlich, werden doch auch heute alle Wohnungsansuchen überprüft und bewertet. Nach der augenblicklichen Handhabung der Bewertung eines Ansuchens habe aber die Bevölkerung keinen Einblick in die Art der Wohnungsvergebung. Da ein derartiges Punktesystem noch nicht vorhanden ist, könne seine Fraktion den Ansätzen der Geschäftsgruppe IX nicht zustimmen.

GR. Wagner (ÖVP) kommt einleitend auf die vorjährige Debatte zu den Ansätzen dieser Verwaltungsgruppe zu sprechen. Zu einer damals vorgebrachten Anregung, man solle veröffentlichen, wie viele SPÖ-Funktionäre in Gemeindewohnungen wohnen, sollte damals VBgm. Slavik in einem Zwischenruf bemerkt haben, es sei nicht Aufgabe der Magistratsbeamten sich als Kriminalbeamte zu betätigen. GR. Wagner ist der Meinung, dies habe mit der Tätigkeit eines Kriminalbeamten nichts zu tun.

Zum Kapitel Wohnungsamt erklärt dann der Redner, daß ihm die Magistratsabteilung 50 besonders erwähnenswert erscheine. Diese Abteilung habe die Wohnungen zu vergeben und wird auch von der Bevölkerung am meisten kritisiert. Sind diese Beschuldigungen nicht berechtigt und handelt es sich hierbei um Gerüchte, sagt er, dann gehören sie nicht vor den Gemeinderat; sind sie aber berechtigt, dann hat der Gemeinderat die Verpflichtung sich mit ihnen ernsthaft zu beschäftigen.

Man brauche nur zuhören, sagt er, was die Wohnungssuchenden reden, wenn sie vor dem Büro des Stadtrates zur Sprechstunde erscheinen. Fragen sie den Jedermann auf der Straße, ob er die jetzige Art der Vergebung der Gemeindewohnungen für gerecht hält. Man wird ein klares "nein" hören und zugleich auch die Begründung erfahren. Kritik und Begründung sind vielfach berechtigt, meint der Redner und das sollte Anlaß zu Überlegungen geben. Er glaubt aber, er könne sich ersparen auf diese Begründungen näher einzugehen, da sie allgemein bekannt seien. Er zitiert dann einen Ausspruch von GR. Liwanec aus der Budgetdebatte vor zwei Jahren, der sagte: "Die Aufgabe eines Stadtrates ist es, die Interessen der Bevölkerung über die Interessen seiner Partei zu stellen." Im Zusammenhang stellt er die Frage, ob die Sozialistische Partei diese Ansicht auch beim Amtsführenden Stadtrat für das Wohnungswesen vertritt.

GR. Wagner stellt dann einen Beschluß- und Resolutionantrag, in dem angeregt wird, die Magistratsabteilung 50 soll den zuständigen Gemeinderatsausschuß über alle Wohnungsvergebungen unterrichten. Die gegenwärtig von Wohnungsamt geübte Praxis der Wohnungsvergebung bezeichnet er als eine Mißachtung der gewählten Funktionäre. Wenn ein Pflastermeister von der Gemeinde Wien einige Pflastersteine kauft, sagt er, dann muß dieser Abverkauf im Gemeinderatsausschuß behandelt werden. In der Magistratsabteilung 50 werden aber Millionenwerte in Form von Wohnungen ohne Wissen des Gemeinderatsausschusses vergeben. Als der Debattenredner dann auf das Beispiel der Wohnungsvergebung in Wiener Neustadt hinweist und zum Ausdruck bringt, was die dortigen Sozialisten können, müßten auch die Sozialisten in Wien instande sein, kommt es zu den ersten lebhaften Zwischenrufen in dieser Budgetdebatte. Sie nehmen an Stärke zu, als er der SPÖ zuruft, sie möge den Eisenen Vorhang vor dem Wohnungsamt beseitigen. GR. Wagner versucht sich durchzusetzen und ruft der SPÖ-Fraktion zu: "Ich habe Verständnis dafür, daß es schmerzt, wenn man jemanden auf das Kühnerauge tritt, aber man darf eben nicht so weit die Füße vorstrecken!" Der Vorsitzende GR. Fürstenhofer (SPÖ) versucht wiederholt die Ruhe im Gemeinderat herzustellen. Auf Zwischenrufe von Vizebürgermeister Slavik antwortet GR. Wagner, der Vizebürgermeister möge die Würde des Hauses wahren, was

dem ÖVP-Redner von Seiten der Sozialisten wieder Zwischenrufe einträgt, wie: "Frechdachs!" und "Der hat Manieren wie ein Straßenverkäufer!"

Der Vorsitzende ersucht den Debattenredner zur Sache zu sprechen, weil er ihn sonst zur Ordnung rufen müßte. Daraufhin wieder lebhaftere Gegenrufe bei den ÖVP-Gemeinderäten, die ihrerseits für die Zwischenrufe aus den Reihen der Sozialisten einen Ordnungsruf verlangen. Der Vorsitzende entgegnet diesem Verlangen, er lasse sich keine Vorschriften über die Führung des Vorsitzes machen. Erst als Stadtrat Schwaiger (ÖVP) ruft: "Wollen wir ihn nicht wieder einmal weiterreden lassen!" kann der Debattenredner fortfahren.

GR. Wagner beschäftigt sich hierauf mit der Mietzinsbildung. Er meint, die Sozialisten seien hier auf eine sehr einfache Methode verfallen, indem sie eine alte Ware neu verpackt zu einem höheren Preis auf den Markt geworfen haben. Die Sozialisten hätten nicht den Mut gehabt, der Bevölkerung zu sagen, daß die Zinse der Gemeindewohnungen nicht kostendeckend sind, sondern ein großes Defizit ergeben. Man hat sich vielmehr auf die bessere Ausstattung ausgeredet, und er glaube, daß die Gemeinde Wien auch die Mietzinse in den Altbauten erhöhen wird. Nur weiß man noch nicht, wie man es in diesem Fall "dem Kinde sagen soll". Man will anscheinend damit warten, bis die ÖVP den Sozialisten die Kastanien aus dem Feuer holt. (Zwischenrufe von den Sozialisten: Jetzt haben sie gesagt, daß sie die Zinse erhöhen werden!)

Der Mietzins in den neuen Gemeindewohnungen betrage zwei Prozent der Baukosten. Der Redner weist darauf hin, daß damit künftig die Zinse entsprechend der jeweiligen wirtschaftlichen Situation gestaltet werden können. Er rechnet auch vor, daß die bessere Ausstattung keineswegs den bedeutend höheren Zins rechtfertige. In sieben Jahren hat der Mieter durch den erhöhten Zins das zurückgezahlt, was die Gemeinde die bessere Ausstattung gekostet hat. Wofür also haben dann die Mieter die erhöhten Mietzinse zu bezahlen? (Vizebürgermeister Slavik (SPÖ): Wer zahlt denn die Instandhaltung! - Stadtrat Schwaiger (ÖVP): Das geht daneben. Für die Reparaturen innerhalb der Wohnungen haben die Mieter selbst aufzukommen! - GR. Lauscher (KLS) zur ÖVP: Ihr habt diesem Beschluß doch auch zugestimmt!)

GR. Wagner entgegnet dem kommunistischen Gemeinderat, es stimme, daß die ÖVP die Zustimmung gegeben habe, weil eben die nichtkostendeckenden Zinse ein Millionendefizit ergeben. Seine Partei scheue sich eben nicht das Kind beim richtigen Namen zu nennen. Sie müsse es aber verurteilen, daß die Sozialisten auf der einen Seite eine Notwendigkeit anerkannt haben, auf der anderen Seite aber von einer sozialen Tat reden. Man hat eben eine Mietzinsregulierung durchgeführt. Diese Mietzinsregulierung bringe jedoch auch im Zeitalter der Hochkonjunktur ein Problem für manche Leute, nämlich wie sie den Zins bezahlen sollen. Der Redner stellt daher den Antrag, allen Mietern, die infolge ihres geringen Einkommens nicht in der Lage sind, den Zins in besser ausgestatteten Wohnungen zu bezahlen, einen Mietzuschuß zu gewähren.

Der Redner verlangt die Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für Obdachlose und auch für jene Hausbesorger, die nicht mehr ihre Arbeit verrichten können und daher gekündigt werden. (GR. Frieda Nödl (SPÖ): Zuerst ausnützen und dann kündigen!) Die Gemeinde Wien hat für alle dazusein! (Vizebürgermeister Slavik: Und Sie für die Profite der Hausbesitzer! Das ist die richtige Arbeitsteilung!) Auch das Problem der gesundheits-schädlichen Wohnungen verlange eine Regelung, weil heute die baupolizeilich gesperrten Wohnungen immer wieder weiter vermietet werden. Nach einem vom Redner eingebrachten Beschlußantrag sollte die zuständige Magistratsabteilung die gesundheits-schädlichen Wohnungen endgültig sperren. Bei Verstoß gegen diese Maßnahmen wären die Verwaltungsstrafen zu erhöhen und die Strafverfahren rascher durchzuführen. (GR. Weinberger (ÖVP): Das ist also kein hausherrenfreundlicher Antrag! - Lebhaftige Gegenrufe.)

Der Geist, der im Wohnungsamt herrscht, entspreche nicht jener ehrlichen und aufrechten Zusammenarbeit, die die Bevölkerung auch von den Sozialisten erwartet. Wenn die ÖVP-Fraktion dieser Budgetgruppe ihre Zustimmung gibt (GR. Dr. Schmidt FPÖ Das ist eine Konsequenz!), dann bezeugt sie damit neuerlich den Willen zu einer ehrlichen und aufrichtigen Zusammenarbeit zum Wohl der Gesamtbevölkerung dieser Stadt. (Beifall bei ÖVP)

GR. Bock (SPÖ) bedauerte, daß die heuer bisher so ersprießliche Budgetdebatte, die allgemein vom Gedanken des Dienstes an der Bevölkerung getragen war und sich in konstruktiver Kritik erschöpfte, leider beim Wohnungswesen einen Rückfall zu Methoden verzeichnete, die man längst überwunden glaubte. Die Wohnraumversorgung der Wiener Bevölkerung ist nun einmal das Problem Nummer eins unserer Stadtverwaltung. Wenn man diesen Grundsatz anerkennt, so müssen wir viele andere Wünsche zurückstellen, damit die Wohnraumbeschaffung nicht zu Schaden kommt. Lösen werden wir die Wohnungsfrage nur können, wenn wir in dieser Stadt bauen, bauen und wieder bauen! Aber auch der vorhandene Wohnraum muß so gerecht wie möglich verteilt werden.

Leider wird die Notlage auf dem Wohnungsmarkt sehr oft materiell und politisch mißbraucht. In vielen Baugesellschaften sind Geschäftemacher am Werk, die den Wohnungswerbern Versprechungen machen, die sie nicht halten können. Noch verwerflicher ist aber die Tätigkeit gewisser Verbände, die mit der Wohnungsnot politische Geschäfte machen und die Menschen bewußt irreführen. Politische Parteien sollten den Mut haben, sich von solchen Organisationen zu distanzieren.

Die ÖVP hat fünf Wahlkämpfe mit der Parole geführt, daß die "rote Parteibüchlwirtschaft" an der Wohnungsnot Schuld trage. Sie müßte dafür fünf Wahlniederlagen einstecken. In anderen Städten mag es andere Methoden für die Verteilung von Wohnraum geben, aber auch diese Städte sind nicht allzu glücklich mit ihrer Methode. Alle Mandatäre müssen den Mut haben, der Bevölkerung die Wahrheit zu sagen, daß nämlich das Wohnungsproblem so lange keine endgültige Lösung finden kann, als die Zahl der Wohnungssuchenden viel größer ist als die Zahl der Gemeinde zur Verfügung stehenden Wohnungen. An alle Funktionäre sei deshalb der Appell gerichtet, jede Protektion und Intervention bei der Vergabe von Wohnungen abzulehnen. In Wien stehen derzeit 30.000 private Wohnungen leer, aber die Stadtverwaltung hat keine Möglichkeit, über diese Wohnungen zu verfügen. Das bedauernswerteste Opfer dieses Zustandes ist vor allem die junge Generation. Auch die Wohnbaugesellschaften sollten sich freiwillig verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz ihrer Wohnungen vor allem jungen Ehepaaren zur Verfügung zu stellen.

GR. Bock kommt sodann auf den Paragraph 19 des Mietengesetzes zu sprechen, durch den es ermöglicht wird, ein auch nicht baufälliges Haus niederzureißen, wenn an seiner Stelle ein neues mit mehr Wohnraum errichtet werden soll. Es gibt in Wien mehrere Baugenossenschaften, die diesen Paragraph ausnützen. Ein Wiener Bezirksvorsteher habe dieses Problem als ein Unrecht bezeichnet, besonders dann, wenn der Bauherr den Bewohnern eines solchen Hauses nicht Ersatzwohnungen zur Verfügung stellt. Er war der Meinung, daß hier auf gesetzlichem Wege etwas geschehen müßte. Gemeinderat Bock stellt fest, auch seine Fraktion sei derselben Meinung. Die Stadt Wien habe von sich aus in ihrem Einflußbereich dafür gesorgt, daß solche Fälle erst dann genehmigt werden, wenn die Mieter untergebracht sind. (Beifall bei SPÖ.) Seine Fraktion würde es außerordentlich freuen, würden auf diesem Gebiet gesetzliche Bestimmungen erlassen. Wenn heute jemand aus privatem Kapital ein neues Haus errichtet, dann ist er nicht zur Unterbringung der Mieter verpflichtet. In letzter Zeit hat die Stadt Wien eine sehr bemerkenswerte Vereinbarung mit einer Baugenossenschaft getroffen. Nach dieser Vereinbarung versorgt die Stadt Wien die Mieter eines abzureißenden und neuaufzubauenden Hauses mit Wohnungen, die Baugenossenschaft verpflichtet sich aber, nach Fertigstellung des Hauses den gleichen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Vielleicht wäre diese Methode ein Weg zur Lösung des Problems. Leider können aber ohne gesetzliche Bestimmungen die Baugenossenschaften nicht zu solchen Vereinbarungen gezwungen werden.

Es wurde in der Debatte auch über die Vergebung von Wohnungen an Personen, die noch nicht lange in Wien sind, kritisiert und gefordert, daß jeder erst nach zehnjährigem Aufenthalt in Wien Anspruch auf Zuweisung einer Wohnung hätte. Eine solche Methode wäre absolut verfassungswidrig und auch moralisch nicht zu verantworten. Die Stadt Wien prüft alle Ansuchen ohnedies sehr genau und sorgfältig und entscheidet nach der Dringlichkeit. Wie schaut es aber beim privaten Hausbesitz aus? Hier wird vielfach der Ausländer bei Neuvermietungen bevorzugt. Oftmals benützen diese Leute die Wohnungen gar nicht, sondern untervermieten sie mit Gewinn an Österreicher. Eine Liste von Fällen dieser Art ist vorhanden.

GR. Bock kommt sodann auf die Ausführungen des GR. Dr. Schmidt (FPÖ) zu sprechen. Er stellt fest, daß dieser viel von neuen Methoden der Wohnungsvergabe gesprochen hat, leider jedoch keine konkreten Vorschläge unterbreiten konnte. Der Hinweis, daß andere Länder bei der Lösung ihrer Wohnungsprobleme weiter sind als wir, ist nicht überzeugend. In anderen Ländern sind die Zinse ungleich höher; in Österreich will man aber das Wohnungsproblem nicht durch erhöhte Zinse lösen. Solange das Wohnungsanforderungsgesetz bestand wurde immer darauf hingewiesen, daß es bei Fallen des Gesetzes auf dem Wohnungssektor keine Schwierigkeiten mehr geben würde. Genauso war es dann beim sogenannten Wohnraumlenkungs- und Neuvermietungsgesetz. Das Ergebnis des Fallens dieser Gesetze sind aber nun 30.000 leerstehende Wohnungen. Auch eine Zinserhöhung würde keine Besserung der Lage bringen. Die Hausbesitzer würden die erhöhten Mieten einstecken und die Mieter hätten nichts davon. Das Problem des Althausbestandes muß gelöst werden, aber eine Mietenerhöhung, die der Hausbesitzer einsteckt, brächte sicherlich keine Lösung. Durch die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds erhielten wir die Möglichkeit, den Althausbestand zu erhalten. Die Sozialisten fühlen sich als Vertreter der Mieter und werden nur solchen Vorschlägen zustimmen, die geeignet sind, das Problem der Wohnungsnot und des Althausbestandes zu regeln. Nie aber werden sie einer Sache zustimmen, die nur den Hausbesitzern zugute kommt. (Beifall bei SPÖ.)

Abschließend richtet Gemeinderat Bock den Appell an die Mitglieder des Gemeinderates, wieder zu sachlichen Beratungen, die die heurige Budgetdebatte ausgezeichnet haben, zurückzukehren. (Beifall bei SPÖ.)

Stadtrat Glaserer stellt in seinem Schlußwort fest, daß der Wohnungsnotstand immer wieder Menschen dazu verleitet, betrügerisch zu handeln. Solange es einen Wohnungsnotstand gibt, wird es einen Wohnungsbetrug geben. Leider verleitet dieser Notstand aber auch vielfach dazu, mit ihm politische Propaganda zu machen. Er will jedoch annehmen, daß die Debattenredner sich bei ihren Ausführungen nicht von diesem Gedanken haben leiten lassen. Zu den Ausführungen von GR. Hausner (KLS) stellt der Referent fest, daß das Wohnungsamt es sehr bedauere, aber nichts dagegen tun kann, wenn in einer Großstadt einmal jemand unter freiem Himmel

übernachtet. Ein Wohnungsamt in dem diskutierten Sinn gibt es eben nicht. Es gibt bestenfalls eine Häuserverwaltung und eine Abteilung, die der Häuserverwaltung ihre Mieter zuteilt, wobei man sich freiwillig dazu bekennt, nach einem Plan den Bedürftigsten für eine neue Wohnung auszuwählen. Es kommt aber auch immer wieder vor, daß Menschen an dem Notstand, im Freien übernachten zu müssen, nicht unschuldig sind.

Bei der Berechnung der Mietzinse für die Wohnungen mit besserer Ausstattung dürfte GR. Hausner ein Irrtum unterlaufen sein, denn er hat für seine Berechnungen einerseits die Nettozinse, andererseits die Bruttozinse zu Vergleichszwecken herangezogen.

Zur Forderung nach Schaffung eines Punktesystems stellt StR. Glaserer fest, daß er derartige Systeme der einzelnen Bundesländer studiert habe. Es gibt aber in Österreich nur die Stadt Wien, die aus Budgetmitteln baut. Es sind also die Voraussetzungen ganz andere. Es gibt aber auch kein System, mit dem man den Notstand beseitigen kann. Zu den vorhandenen Vormerkungen auf Wohnungen kommt noch eine große Zahl von Wohnungen, die nicht mehr entsprechen oder überbelegt sind, deren Mieter sich aber beim Wohnungsamt gar nicht vormerken ließen. Den Antrag des GR. Hausner, betreffend die Unterstellung einer Magistratsabteilung zur Gruppe VI bittet der Redner abzulehnen, da erst vor einem Jahr eine Neuaufteilung der Magistratsabteilungen vorgenommen wurde. Ein zweiter Antrag beschäftigte sich mit der Mietzinsfestsetzung. Dazu ist zu sagen, daß wenn wir auch den gesamten Bauaufwand abschreiben, trotzdem ein Prozent Wertabschreibung buchmäßig eingetragen wurde und nur dieses Prozent Wertabschreibung ist es, das die Häuserverwaltung auch heute noch nicht aufbringen kann. Wenn man von dieser Wertabschreibung absieht, hat die Häuserverwaltung einen Überschuß, den sie für wertvermehrnde Investitionen verwendet. Dieser Überschuß dürfte sich auf ungefähr neun bis zehn Millionen Schilling belaufen. Auch bei den neuen, besser ausgestatteten Wohnungen wird selbstverständlich dieser Bauaufwand abgeschrieben.

Man darf aber auf keinem Fall sagen, daß die jetzigen Wohnungen alte Ware in neuer Verpackung sind. Jeder der objektiv ist, muß sagen, daß es sich um eine ganz andere Wohnungstypen handelt, für die aber aus Gründen der Zinsgerechtigkeit ein anderer Zins verlangt werden muß. Durch den Paragraph 7 bestehe in unserer Stadt bereits große Zinsungerechtigkeit, da durch diesen Paragraph die Mieter in den schlechtesten Wohnungen oft den höchsten Zins bezahlen müssen. (Zustimmung bei der SPÖ.) Aus diesem Grunde bittet der Referent den zweiten Antrag des GR. Hausner abzulehnen. Auch den dritten Antrag, daß die Stadt Wien für die ordnungsmäßige Instandhaltung der Häuser sorgt, empfiehlt der Referent der Ablehnung, da die Stadt Wien darauf keinen Einfluß nehmen kann.

Stadtrat Glaserer nimmt dann zu der Behauptung Stellung, daß sich das Wohnungswesen Wiens in einer Sackgasse befindet und daß hier etwas geschehen müsse. Er stellt die Gegenfrage, wie die heutige Lage aussehen würde, hätte die Gemeinde Wien in der Zeit nach 1934 den Wohnungsbau fortgesetzt. In diesen Jahren hätten 60.000 bis 70.000 Wohnungen gebaut werden können. Wären noch dazu die vielen Zehntausenden von Wohnungen im Krieg nicht zerstört worden, hätte Wien jetzt keine Wohnungsnot mehr. (Beifall der SPÖ.) Wir haben diese 14 Jahre, die uns fehlen, nachzuholen und das kann nicht über Nacht geschehen. Um die schlechten Vierteln zu beseitigen und sie durch neuen modernen Wohnraum zu ersetzen, dazu benötigen wir brauchbare Gesetze, vor allem ein Assanierungsgesetz. Zu der von GR. Nessel vorgebrachten Kritik über die Bereitstellung von Geschäftslokalen an den Konsumverein stellt er fest, daß nur 2.2 Prozent aller Lokale in Gemeindebauten der Konsumverein bekommen hat. Er bezeichnet es als selbstverständlich, daß in Gemeindeanlagen solche Versorgungsbetriebe zur Sicherung der Bedürfnisse der Bewohner bereitgestellt werden müssen. Die Vermietung von Einstellplätzen für Motorfahrzeuge, sagt er, ist nicht an die Mitgliedschaft im ARBÖ gebunden. Die Stadtverwaltung ist aber der Ansicht, daß die Bestellung eines Generalmieters die günstigste Lösung ist, da es sich um verschiedene Arten von Einstellplätzen handelt. Gegen eine Veröffentlichung der Einweisungen in städtische Wohnhausanlagen habe er nichts einzuwenden. ./.

Er bemerkt hiezu, daß jedes Mitglied des Gemeinderates die Möglichkeit hat, sich über jeden Einweisungsfall zu informieren. Die von GR. Dr. Schmidt gestellten Anträge empfiehlt er der Ablehnung. Entgegen der Ansicht, die in einem der beiden Anträge zum Ausdruck gebracht wird, glaubt der Referent, man müßte in dieser Hinsicht noch weiter gehen und in den städtischen Wohnhausanlagen noch größere Lokale errichten und diese dann allen im Gemeinderat vertretenen Parteien zur Verfügung stellen.

Zu den Ausführungen von GR. Wagner sagt der Referent, er müsse zu seinem Bedauern die von ihm angegebene Zahl von 10.000 Wohnungen mit besserer Ausstattung auf 2.568 korrigieren. Was die Wohnungsvergebungen in der Anlage Daringergasse betrifft, erklärt er, daß ungefähr das 20fache an Vormerkungen vorlagen, als dort Wohnraum vorhanden ist. Diese Tatsache erkläre auch das "Unbehagen" bei den Einweisungen. Den von GR. Wagner eingebrachten Antrag über die Sperrung gesundheitsschädlicher Wohnungen empfiehlt er der Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß IX! Er bemerkt hiezu, daß sehr häufig nicht nur der Hausbesitzer, sondern auch der Mieter schuld ist, wenn eine gesundheitsschädliche Wohnung gemietet wird. Er sei auch der Ansicht, daß etwas dagegen unternommen werden muß, nur wisse er nicht, wie hoch in solchen Fällen die Strafe sein müßte, um die Vermietung gesundheitsschädlicher Wohnungen verhindern zu können. Auch über die weiteren Anträge des ÖVP-Debattenredners könnte diskutiert werden.

Abschließend gibt Stadtrat Glaserer nochmals seiner Meinung Ausdruck, daß es in der Frage der Wohnungsvergebungen bei der derzeitigen Situation keine vollkommene Gerechtigkeit geben könne. Er bemerkt hiezu, daß zur Zeit, als noch das Wohnungsanforderungsgesetz in Verwendung war, das Punktesystem oft zu optischen Täuschungen führte.

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze der Geschäftsgruppe IX mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die drei von GR. Hausner gestellten Anträge wurden gegen die Stimmen der KLS, die beiden Anträge von GR. Dr. Schmidt gegen die Stimmen der FPÖ abgelehnt. Die drei von GR. Wagner gestellten Anträge wurden einstimmig zur Behandlung dem Gemeinderatsausschuß IX zugewiesen.

Wirtschaftsangelegenheiten

=====

Über die Geschäftsgruppe X, Wirtschaftsangelegenheiten, berichtet Stadtrat Bauer (ÖVP). Die Gesamtausgaben sind mit 148,2 Millionen Schilling veranschlagt. Im Vorjahr waren die Ausgaben mit 142,3 Millionen Schilling im Voranschlag angesetzt. Es ergibt sich in den Ausgaben eine Steigerung von ungefähr sechs Millionen Schilling. Die Einnahmen 1961 sind mit 79 Millionen Schilling präliminiert, während im Jahre 1960 80 Millionen Schilling als Einnahmen angenommen wurden.

Bei den Einnahmen kann man sagen, daß sie fast gleich geblieben sind, die Steigerung der Ausgaben sind durch verschiedene Erhöhungen, so unter anderem durch Übernahme der Transportkosten der Magistratsabteilung 12, mit der höheren Miete für die Lochkartenanlage und erhöhte Ausgaben für Inventaranschaffungen der Stadtbibliothek und dergleichen mehr begründet.

Die Magistratsabteilung 54 hat die Beschaffung, Zuweisung und Instandhaltung der sachlichen Erfordernisse für die städtischen Dienststellen sowie Schulen, mit Ausnahme der Spezialerfordernisse verschiedener anderer Dienststellen, zu besorgen. Außerdem hat sie die Bedarfsprüfung und Verbrauchsüberwachung hinsichtlich dieser Sacherfordernisse durchzuführen.

Die sieben Warengruppen der Magistratsabteilung 54 haben in der Zeit vom 1. Jänner bis 31. Oktober dieses Jahres für Lebensmittel 14 Millionen, für Textil- und Lederwaren 21 Millionen, für Wirtschafts-, Eisen-, Chemie- und Elektrowaren, Bereifung und Transporte 15 Millionen, für Papier und Kanzleimaterialien, Bücher und Zeitschriften, Büromaschinen und Druckaufträge 12,6 Millionen, für Brennstoffe 48,8 Millionen, für Möbel und sonstige Einrichtungsgegenstände 14,4 Millionen, für Schulbedarf 9,9 Millionen Schilling ausgegeben. Dies ergibt insgesamt 136,4 Millionen Schilling. Es ist dies wahrlich ein bedeutender Beitrag, den die Stadt Wien zur Vollbeschäftigung leistet.

Durch Abverkauf von Altmaterial wurden 3,1 Millionen Schilling eingenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist dies ein Mehrerlös von 850.000 Schilling. Im Zentrallager der Magistratsabteilung 54 wurde das neue Lagergebäude in Betrieb genommen. ./.

Die städtische Bäckerei erzeugte in der Zeit vom 1. Jänner bis Ende Oktober Backwaren im Wert von 6,7 Millionen Schilling.

Eine auf Grund der Einnahmen und Ausgaben gering zu beurteilende Abteilung ist die Magistratsabteilung 57, Liegenschaftsverwaltung. 6,1 Millionen Schilling Einnahmen stehen 5,4 Millionen Schilling Ausgaben gegenüber. Die wesentlichste Einnahme stammt aus den Pachtzinsen und den Schankpachtzinsen. Die Verwaltungsarbeit dieser Abteilung ist aber ganz bedeutend. Sie umfaßt die Evidenzhaltung der städtischen Grundstücke, die Bearbeitung der Veränderungen in der Verwaltung der Grundstücke, die Bereitstellung von Grundstücken für Zwecke des städtischen Wohnhausbaues und für die Herstellung von Straßen, Gartenanlagen, Sportplätzen, Kindergärten, usw. Außerdem obliegt ihr die administrative Praterverwaltung, der städtischen Gartenanlagen, schließlich der städtischen Gast- und Schankgewerbeberechtigung, usw. Im Lagebuch hat die Magistratsabteilung 57 den gesamten städtischen Grundbesitz in- und außerhalb Wiens ohne Rücksicht auf die verwaltende Dienststelle in Evidenz zu halten. Dieses Lagebuch kann als eine Art Grundbuch der Stadt Wien angesehen werden.

In der Zeit vom 1. Jänner bis 15. November wurden in Wien durch Kauf, Tausch und Umwandlung von Mitbesitz in Alleinbesitz 2,2 Millionen Quadratmeter erworben. Außerhalb Wiens wurden 2,4 Millionen Quadratmeter angekauft.

In der ertragbringenden Verwaltung werden die Bestandzinse nach Möglichkeit weiterhin erhöht werden, soweit sie den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Da es sich um zweiseitige Verträge handelt, ist dies nur im Einvernehmen mit den Vertragspartnern möglich.

Die Magistratsabteilung 58 scheint wohl im Voranschlag nicht auf, hat aber dennoch eine ziemlich umfangreiche Tätigkeit zu erfüllen. Rechtliche Angelegenheiten des Ernährungswesens, der Landeskultur und des Wasser- und Schiffahrtswesens zählt die Geschäftseinteilung des Magistrates auf.

Tierzuchtförderungsgesetz und ein ziemlich heißes Eisen, nämlich das Buschenschankgesetz, harren der Erledigung, wobei besonders auf die der Landesgesetzgebung verfassungsrechtlich eng gezogenen Grenzen aufmerksam gemacht werden muß. Die Land- und Forstwirtschaftsinspektion hat auch im vergangenen Jahr 1.147 Kontrollen durchgeführt. Die Fälle, die gerügt werden müssen, werden immer geringer. Immer schwieriger werden jedoch die wasserrechtlichen Verhandlungen. Einleitung industrieller und häuslicher Abwässer, bauliche Herstellung an Ufern von Gewässern, Entnahmen aus dem Grundwasser, besonders bei Errichtung von Klimaanlage, beschäftigen in steigendem Maße die Verwaltung. Nicht zuletzt bereitet die ständige Steigerung der in Betrieb genommenen Motorboote Sorgen. Derzeit haben 678 Motorboote ihren Standort in Wien, davon 106 im öffentlichen Dienst.

Der Magistratsabteilung 59, Marktamt, unterstehen derzeit 39 Märkte. Im Jahre 1959 wurden auf dem Zentralviehmarkt im Wochendurchschnitt 1.312 Stück Rinder, 44 Stück Kälber, 8.771 Schweine und 386 Pferde in der Großmarkthalle, Abteilung für Fleischwaren 668.300 Kilogramm Fleisch, auf den Obst- und Gemüsemärkten 1,261.900 Kilogramm Obst, 1,379.200 Kilogramm Gemüse, 380.700 Kilogramm Südfrüchte, 949,200 Kilogramm Kartoffeln und 154.900 Kilogramm Zwiebeln, auf dem Zentralfischmarkt 11.900 Kilogramm Süßwasserfische, 87.300 Kilogramm Seefische und 47.500 Kilogramm Industriefische vermarktet.

Als größeres Vorhaben ist zu erwähnen die Verlegung des Vorgartenmarktes im 2. Wiener Gemeindebezirk nach der Wohlmutstraße - Ennsgasse, die durch die Errichtung einer Wohnhausanlage auf den Gründen des Reservegartens notwendig geworden ist. In der für die Fleischversorgung Wiens wichtigen Großmarkthalle sind laufend umfangreiche Instandsetzungen und Erneuerungen notwendig, damit das Objekt den gegenwärtigen wirtschaftlichen Anforderungen gerecht werden kann.

Die Versorgungslage und Marktbeschickung wird im Zusammenhang mit der Preisbewegung vom Marktamt einer laufenden Beobachtung unterzogen und deren Ergebnis in periodischen Berichten veröffentlicht. Zu diesem Zwecke werden umfassende Wochenberichte über das Marktgeschehen sowie über die Preislage der wichtigsten Lebensmittel und Verbrauchsartikel verfaßt, die nach wie vor von

amtlichen und anderen interessierten Stellen für Informationszwecke herangezogen werden. Weiters gibt eine jeweils zum Wochenende verfaßte Kurzübersicht, die zum Teil auch über die Tagespresse verlautbart wird, der Händlerschaft Aufschluß über die Angebots- und Preislage sowie über die Absatzverhältnisse. Sie stellt auch für die Verbraucher einen wertvollen Beratungsbefehl bei ihren Einkäufen dar. Im Rundfunk werden täglich die auf den Naschmarkt geltenden Verbraucherpreise der wichtigsten Gemüsesorten verlautbart.

Aus der ständigen Marktbeobachtung ergibt sich auch die Möglichkeit, bei den hierfür zuständigen Bundesministerien rechtzeitig die Einfuhr von lebenswichtigen Nahrungsmitteln anzuregen sowie auch zu den geplanten Exporten solcher Waren Stellung zu nehmen. Ihre Ein- und Ausfuhr ist oftmals von ausschlaggebender Bedeutung für die Preisgestaltung solcher Waren im Inlande.

Beachtlich ist auch die Mitarbeit des Marktantes bei der Erstellung der amtlichen österreichischen Preisstatistik. Es müssen hiebei allmonatlich in etwa 200 Kleinhandelsgeschäften die Verbraucherpreise für mehr als 100 verschiedene lebenswichtige Artikel festgestellt und statistisch erfaßt werden.

Im Rahmen der lebensmittelpolizeilichen Tätigkeit des Wiener Marktantes sind rund 20.400 Lebensmittelkleinhandels- sowie 1.500 Großhandels- und Erzeugerbetriebe zu überwachen. Im letzten Jahr wurden hiebei rund 34.800 Proben im Sinne des Lebensmittelgesetzes abgenommen. Die wichtigsten Importe von Lebensmitteln werden nach wie vor auf ihre Eignung noch vor ihrer Inverkehrsetzung stichprobenweise überprüft. Auf diese Art wird nicht nur der Konsument vor einer etwaigen Übervorteilung geschützt, sondern auch der Importeur selbst, bzw. der Groß- und Kleinhändler weitgehend vor Schaden und Unannehmlichkeiten bewahrt.

Durch kommissionelle Begutachtungen unter Mitwirkung der in Betracht kommenden Innungen wurden auch im abgelaufenen Jahre die Qualität und Güte von Brot- und Wurstwaren ständig überprüft. Hiedurch konnte auf dem Wiener Platz eine befriedigende Beschaffenheit dieser so wichtigen Lebensmittel erreicht und dadurch in erster Linie der berechtigten Verbrauchererwartung voll entsprochen werden.

Auch die Verpflegsstätten des Bundesheeres unterliegen der Lebensmittelkontrolle durch das Marktamt. Diese Revisionen tragen dazu bei, daß an unsere Soldaten nur einwandfreie Lebensmittel verabreicht werden.

Die im Rahmen der ständigen Ausstellung des Marktamtes zur Schau gestellten Pilzmodelle und die dortselbst durchgeführten Führungen und Ergänzungsvorträge geben interessierten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit, ihre Kenntnisse auf dem "Schwammerl-Sektor" zu erweitern.

Die Weinkontrolle wurde auf breiter Basis fortgesetzt.

Im vergangenen Jahr mußte das Marktamt 844 Anzeigen an Gerichte und Verwaltungsbehörden erstatten. Neben den lebensmittelpolizeilichen Anzeigen erfolgten in Ausübung der Gewerbepolizei bis 31. Oktober 1960 2.109 und anläßlich der eichpolizeilichen Revisionen 1.073 Anzeigen. Wegen Zuwiderhandlung gegen andere wirtschaftliche und sonstige Bestimmungen wurden insgesamt 1.874 Anzeigen erstattet.

In Ausübung der Lebensmittelkontrolle mußten im Berichtsjahr insgesamt 320.375 Kilogramm Lebensmittel außer Verkehr gesetzt werden. Nach entsprechender Behandlung konnte ein erheblicher Teil dieser Waren für Tierfütterungszwecke zugelassen werden.

Da die bestehenden Marktanlagen vielfach an besonders frequentierten Verkehrsknotenpunkten gelegen sind, werden vom Stadtplaner Vorschläge ausgearbeitet, um durch die Verlegung solcher Marktobjekte die an diesen Stellen übermäßig angespannte Verkehrslage nach Möglichkeit zu entlasten. Das Marktamt ist bemüht, dafür zu sorgen, daß hierbei auf die Markterfordernisse weitgehend Rücksicht genommen wird. Die Errichtung eines Zentralgroßmarktes für Obst und Gemüse auf einem geeigneten Platz wird immer dringlicher. Die Durchführung dieses Projektes hängt maßgeblich davon ab, daß die Platzfrage zufriedenstellend gelöst wird.

Bezüglich des Hannovermarktes wird gegenwärtig geprüft, in welchem Ausmaß die räumliche Umgestaltung dieses Marktes in Anpassung an die Baulinie der neuen benachbarten Wohnhausanlage den Marktinteressen gegenüber vertretbar erscheint.

Die Tätigkeit des Marktamtes erstreckt sich auch auf die laufende Kontrolle der Gewerbebetriebe. Übertretungen bezüglich des Gewerberechtsumfangs, des Aufsuchens von Bestellungen auf Waren, der Sonn- und Feiertagsruhe, der Ladenschlußbestimmungen sowie der Deckung von unbefugten Betrieben usw. wurden laufend zur Anzeige gebracht. In diesem Zusammenhang muß aber auch auf die sogenannten "wilden Hausierer" hingewiesen werden. Es sind dies meist Ausländer, die mit allen möglichen Gegenständen, meist Stoffen, die Konsumenten in ihren Wohnungen aufsuchen und ihnen minderwertige Waren zu angeblich günstigen Preisen als Gelegenheitskäufe anbieten. Diesen Betrügern muß im Interesse unserer Kaufleute, vor allem des Textilhandels, besonders aber auch im Interesse der Konsumenten selbst, das Handwerk gelegt werden. Um das unbefugte Hausieren abzustellen, ist allerdings die Mitarbeit der gesamten Bevölkerung eine unerläßliche Voraussetzung. Die beste Mitwirkung ist, daß bei solchen Hausierern nicht gekauft wird.

In Wien gibt es derzeit 308 Straßenstände. Der zuständige Gemeinderatsausschuß hat seinerzeit den Beschluß gefaßt, die Straßenstände in Wien zu reduzieren. Leider wollen bestimmte Kreise nicht einsehen, daß es Aufgabe der Stadtverwaltung ist, für eine kontinuierliche Versorgung der Bevölkerung entsprechende Maßnahmen zu treffen. Es ist notwendig, einen Ausgleich einander widerstrebender Interessen der ansässigen Geschäftsleute und der Standler zu treffen. Außerdem müssen die einzelnen Standler selbst räumlich so untergebracht sein, daß sie wenigstens halbwegs ausreichende Existenzmöglichkeiten vorfinden. Von angeblich "unabhängiger" Seite hört man immer wieder, daß jede einzelne Entscheidung in Bund, Ländern und Gemeinden nur nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt und der Staatsbürger gewissermaßen dem Moloch der Koalition, des Proporz usw. ausgeliefert ist. In meiner Geschäftsgruppe, betont Stadtrat Bauer, wird nicht "unabhängig", sondern abhängig gearbeitet: abhängig nämlich von den zwingenden gesetzlichen Bestimmungen und abhängig von den Interessen unserer gesamten Wiener Bevölkerung. (Beifall bei der ÖVP.)

Durch das verständnisvolle Zusammenwirken der Sozialpartner, durch das doch weithin spürbare positive Wirken der Paritätischen Kommission ist Österreich von größeren Preisschwankungen verschont geblieben. Ohne Zweifel ist der Konsument an niedrigen Preisen

interessiert. Man muß aber doch erwähnen, daß dem Produzenten ein Preisverfall jeden Anreiz zur Produktion nimmt und im Endeffekt nur der Konsument den Schaden von einer Verknappung der Waren hat. Einem Warenmangel ist noch immer ein Ansteigen der Preise gefolgt. In letzter Zeit hört man oft den Appell, die öffentliche Hand möge sparsam wirtschaften. Es ist vielleicht unpopulär, aber man sollte es im Interesse der gesamten Bevölkerung doch aussprechen: es ist auch notwendig, daß der einzelne Haushalt sparsam wirtschaftet! So selbstverständlich heute in den meisten Haushalten größere Anschaffungen sind, so unverständlich ist es manchmal, unter welchen Opfern langfristige Ratenverpflichtungen eingegangen werden, denen man oft nur unter größten Mühen nachkommen kann. Viele leben buchstäblich nur deshalb von der Hand in den Mund. Und sie leben teuer! Sie kaufen zum Beispiel zu einer Zeit, in der die Märkte in mehr als ausreichendem Maße mit inländischem Obst und Gemüse beliefert werden, grundsätzlich nur ausländische teure Produkte. Unsere Birnen und Äpfel sind von hervorragender Qualität und können sich sicher neben dem ausländischen Obst sehen lassen. Aber auch bei den Nahrungs- und Genußmitteln scheint es eben zum guten Ton zu gehören, daß der Österreicher zur teuren ausländischen Ware greift und die preiswerte Inlandware geflissentlich übersieht. Volkswirtschaftlich bedeutet das den Verlust wertvoller Devisen, die anderweitig weit besser verwendet werden können.

Die Magistratsabteilung 60, das Veterinäramt, weist ebenso wie das Marktamt ein größeres Defizit auf. Die Aufgaben der Hoheitsverwaltung machen es unmöglich, einen ausgeglichenen Voranschlag zu erstellen. Diese Aufgaben müssen aber im Interesse der Bevölkerung durchgeführt werden. Nicht nur die Schlachthöfe sind zu überwachen, damit die Konsumenten mit einwandfreiem Fleisch versorgt werden können, sondern auch alle anderen Zufuhren von Fleisch und Fleischwaren müssen überschaut werden. Für die Amtstierärzte gibt dies eine sehr große und verantwortungsvolle Arbeit. Diese Arbeit, und das kann mit Genugtuung festgestellt werden, wird so gewissenhaft durchgeführt, daß es bisher keinen Anstand gab. Dafür gebührt den Amtstierärzten ganz besonderer Dank.

Für Investitionen, die nicht mehr aufgeschoben werden konnten, sind im Jahre 1961 nach dem Voranschlag 4,1 Millionen, vorgesehen, 1958 waren es rund zweieinviertel Millionen, 1959 zwei Millionen und 1960 fünfeinviertel Millionen Schilling.

Sie werden mit Recht fragen, warum dann jedes Jahr Millionenbeträge für St. Marx aufgewendet werden. Die Anlagen in St. Marx sind eben sehr veraltet. Der Rinderschlachthof wurde 1851 eröffnet. Er umfaßt 38 Objekte mit 57.241 Quadratmeter, davon sind 30.269 Quadratmeter verbaut. Der Schweineschlachthof wurde 1910 eröffnet, mit 19 Objekten, 37.160 Quadratmeter Bodenfläche, verbaut 9.657 Quadratmeter. Der im Jahre 1922 eröffnete Auslandsschlachthof mit Seuchenhof, dem im Jahre 1953 der Pferdeschlachthof angeschlossen wurde, hat 25 Objekte mit 63.458 Quadratmeter, davon 22.808 Quadratmeter verbaut. =

Die Anlagen in St. Marx sind eben für Wien viel zu groß. Die Stadtplaner haben seinerzeit wahrscheinlich auf ein Wachstum unserer Stadt gerechnet, daß aber durch den Ausgang des ersten Weltkrieges unterbrochen wurde. Die Stadtplanung wird sich daher ernstlich damit beschäftigen müssen, ob die Anlagen in St. Marx bestehen bleiben können.

Am Viehmarkt sind die Verhältnisse ähnlich. Eine Verlegung der Großmarkthalle, von der man immer hört, könnte eine etwas bessere Ausnützung gewährleisten, dies umso mehr, als die Platzverhältnisse für die Verkehrsabwicklung bei der Großmarkthalle unhaltbar geworden sind.

Bei dieser Gelegenheit darf ich der Stadtplanung die Frage der Errichtung des Gemüse- und Obstgroßmarktes in Erinnerung bringen.

Die Schlachtungen in St. Marx sind im allgemeinen stark gestiegen, so wurden 1937 27.544 Pferde, 89.870 Rinder, 10.970 Kälber, 281.820 Schweine, 1.093 Schafe; 1959 23.145 Pferde, 74.303 Rinder, nur mehr 2.953 Kälber, aber 451.152 Schweine und 650 Schafe geschlachtet.

Abschließend verwies der Referent darauf, daß seine Geschäftsgruppe bemüht ist, den Wienern und unseren Gästen - soweit man das nur kann - zu dienen. Dieser Dienst an der Bevölkerung ist das Verbindende, das über manch parteipolitisch Trennendem steht.

Im Gemeinderatsausschuß X ist es im wesentlichen durch ein verständnisvolles Zusammenwirken möglich gewesen, reibungslose Arbeit zu leisten, wofür er herzlich danke. Sein Dank gelte aber auch jenen, die tagaus, tagein ihre Pflicht tun, den Bediensteten seiner Verwaltungsgruppe, deren fachliches Können überhaupt erst einen reibungslosen Ablauf der Arbeit ermöglicht.

Die Debatte über Wirtschaftsangelegenheiten

GR. Lauscher (KLS) spricht in der Debatte zunächst über die Entwicklung auf dem Preissektor, die für die arbeitende Bevölkerung von Wien in den letzten Jahren enttäuschend gewesen ist. Seit Beginn dieses Jahres sind nicht weniger als 300 Waren teurer geworden. Es ist nicht zu leugnen, daß die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Dagegen konnten die Löhne und Gehälter nicht Schritt halten. Andererseits erzielen die Unternehmer noch immer Riesengewinne, ja, Österreich wird im Ausland als Paradies für Kapitalanlagen gepriesen. Nun drohen wieder Preiserhöhungen, die das Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung weiter senken werden. Der Redner wendet sich gegen die Erhöhung der Preise für Brot und Gebäck und meint, Stadtrat Bauer hätte auch die Aufgabe, dem Bauernbund klarzumachen, daß die Mehrheit der Wiener Bevölkerung die indirekte Milchverteuerung ablehnt.

Das Marktamt wird auch seinen Aufgaben dadurch nicht ganz gerecht, daß es gegen die Überschreitung der sogenannten ortsüblichen Preise nur ungenügend einschreitet. Die Gemeinde Wien sollte mehr als bisher als Preisregulator auftreten.

In seinen folgenden Ausführungen gibt der Redner eine Klarstellung über die Haltung seiner Partei zur Koalition. GR. Dr. Stemmer hat gesagt, daß den Kommunisten die Koalition weh tut. Man wirft uns mit der braunen FPÖ in einen Topf, doch besteht hier ein grundlegender Unterschied. Die FPÖ ist gegen die Koalition, weil die ÖVP gegenüber den Sozialisten ihrer Ansicht nach zu wenig energisch die Interessen des Kapitals vertritt. (GR. Peter, FPÖ: Woher wissen Sie das? Das haben Sie aus dem braunen Kaffeesud gelesen!)

Die Kommunistische Partei, so fährt GR. Lauscher fort, ist nicht grundsätzlicher Gegner der Koalition mit einer bürgerlichen Partei. Nach 1945 waren die Kommunisten ja auch mit den Sozialisten und der Volkspartei in der Koalition. Sie verlangen daher nicht den Austritt der Sozialisten aus der Koalition. (Zwischenrufe bei der SPÖ: Wie lieb!) Was fordern wir also? Wir fordern, so betont der Redner, daß die Leitung der Sozialistischen Partei konsequenter die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Auf dem Verhandlungsweg allein ist das nicht immer möglich. Dazu gehört auch die Bereitschaft außerparlamentarische Kampfmittel einzusetzen.

Nicht die Koalition tut uns also weh, schließt GR. Lauscher, sondern die faulen Kompromisse und die Folgen dieser Kompromißpolitik.

Zu dem Kapitel selbst bemerkt der Redner abschließend, daß seine Fraktion nicht in der Lage sei, den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe die Zustimmung zu geben.

GR. Peter (FPÖ) antwortet zunächst seinem Vorredner und meint, der Gemeinderat Lauscher möge froh sein, in einer wirklichen Demokratie zu Worte zu kommen, denn wäre Österreich ein Satellitenstaat geworden, dann wäre wahrscheinlich gerade er schon liquidiert, vielleicht hinterher rehabilitiert und heute in einem Ehrengrab. Vor aller Öffentlichkeit sei aber namens der FPÖ festgestellt: wir sind weit davon entfernt, für irgendeine diktatorische Bestrebung einzutreten. Soweit wir in früheren Zeiten einmal bei der NSDAP waren, so haben wir aus der Vergangenheit gelernt. Wir identifizieren uns keinesfalls mit den Verhältnissen, wie sie zwischen 1938 und 1945 geherrscht haben, und es besteht kein behördlich belegter Anlaß, unserer Versicherung nicht zu glauben.

Die Freiheitlichen stimmen gerne diesem Budgetkapitel zu, weil sie an dieser Geschäftsgruppe im großen und ganzen keine Kritik zu üben haben. Da die vielen Dienstwagen den Unwillen der Bevölkerung erregen, sollte die Gemeinde Wien mit gutem Beispiel dem Bund und auch den Kammern vorangehen. Der Redner beantragt die Annahme einer Resolution, die verlangt, daß sämtliche Dienstwagen der Gemeinde Wien sowie ihrer Betriebe und Unternehmungen durch ein an beiden Bordwänden angebrachtes Stadtwappen gekennzeichnet werden. (GR. Leinkauf: Einen roten Winkel wie im Dritten Reich!) Ich sehe, sagte GR. Peter, daß mein Appell vergeblich war. ./.

Die Budenmärkte sollten nach Möglichkeit aus dem Stadtbild entfernt werden. Freilich, die Häuser auf dem Platz des bisherigen Vorgartenmarktes sind auch nicht schön, sondern schauen aus wie große verglaste Kanarienkäfige. Lobend sei hervorgehoben, daß der Prater wirklich schöner geworden ist. Vielleicht wäre es noch möglich, daß man den Prater mit Ausnahme der Hauptallee wenigstens an Sonn- und Feiertagen für den Kraftwagenverkehr sperrt. Auch die Verpestung der Luft durch Motorboote und mit Benzin betriebene Spielautos im Volksprater ist eine entsetzliche Belästigung der Bevölkerung.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) stellt fest, daß durch das Beschaffungsamt große Mittel für die Anschaffungen aufgewendet wurden, unter anderem auch für den Ankauf von Schulbüchern und für Kohle. Bei den Schulbüchern richtet er die Bitte an den Wiener Gemeinderat, auch auf die konfessionellen und sonstigen Schulen nicht zu vergessen. Allein schon vom Standpunkt der Schulraumfrage sind diese Schulen sehr notwendig und müßten daher finanzielle Hilfe erhalten. Auf der einen Seite müssen wir Jugendbücher weggeben, weil wir sie nicht mehr verwenden konnten, auf der anderen Seite herrscht bei gewissen Schulen Mangel daran. Für den Ankauf von Kohlen wurden 49 Millionen Schilling ausgegeben. Der Redner erhebt die Frage, inwieweit durch diesen Betrag der heimische Köhlenbergbau gefördert wurde.

Der Redner kommt sodann auf die Weihnachtspaketaktion der Gemeinde Wien für die Befürsorgten zu sprechen. Auch heuer habe man, ohne die zuständige Abteilung zu Rate zu ziehen und ohne Anbote einzuholen, wieder die GÖC, bzw. Kogroß, mit der Lieferung dieser Pakete beauftragt. Dies sei eine völlig ungerechtfertigte Maßnahme.

Zur Magistratsabteilung 57 sei zu sagen, daß sie auch viel für die Verschönerung unseres Praters unternommen hat. Trotzdem wäre dort noch vieles zu verschönern und zu verbessern, damit der Prater wieder so wird, wie er war. Auf dem Sektor der Pachtbetriebe tritt der Redner dafür ein, alles zu tun, um diese Betriebe nach und nach abzustößen. Es könne nicht die Aufgabe einer Gemeindeverwaltung sein, solche Betriebe zu verpachten oder selbst zu führen.

Die Gemeinde soll sich darauf beschränken, die Gewerbesteuer einzuheben. Bezüglich der Bestandsverträge für freiwerdende Grundstücke, bezw. bei Rücklegung und Weitergabe, bittet der Redner um schnellere Durchführung des Vorhabens. Bei den Grundstückspreisen spielen Angebot und Nachfrage sicher eine große Rolle. Man soll es daher nicht immer als zwingende Notwendigkeit erachten, jedes freiwerdende Grundstück sofort zu bekommen.

Bezüglich der Magistratsabteilung 58 erhebt der Redner die Forderung, daß die jetzt in angemessener Höhe gewährten landwirtschaftlichen Förderungspreise schneller flüssig gemacht werden. Das Tierzuchtförderungsgesetz und auch das Buschenschankgesetz müßte endlich einmal verabschiedet werden. Man müßte hier Gesetze machen, die für alle tragbar und gut sind. Bezüglich der Maschinenhilfe und der Maschinenhöfe verweist der Redner darauf, daß sie zum Beispiel in Kärnten kein allzu großer Erfolg sind. Man müßte ihre Notwendigkeit in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer prüfen.

Als ein unangenehmes Kapitel bezeichnet der Redner die Wasserversorgung der Gärtner im 11. Bezirk. Dieses Problem müßte im Interesse Wiens und seiner Versorgung mit Gemüse und Obst endlich gelöst werden. Ähnlich sei die Bewässerungslage auf dem Nußberg und dem Bisamberg.

Der Redner kommt sodann auf die steigende Zahl der Motorboote in den Wiener Gewässern zu sprechen. Man müßte hier einen Weg finden, um diese neue Lärmplage in vernünftige Grenzen zurückzuführen. An die Bevölkerung richtet der Redner den Appell, die Umgebung Wiens nicht durch das Wegwerfen von Konservendosen und sonstigen Abfällen zu verunstalten.

Dem Marktamt der Stadt Wien sei es gelungen, speziell den Pferdeschlachthof wirklich gut in den übrigen Schlachthof einzugliedern, was seinerzeit, als es der Stadtrat vorschlug, bezweifelt wurde. Auch der Blumenmarkt hat sich in seiner neuen Lage bewährt. In Zukunft dürfe man jedoch bei der Schaffung eines Marktes nie darauf vergessen, auch genügend Parkplätze anzulegen. Die Errichtung neuer Märkte müßte auch in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer erfolgen. Bei der Errichtung von neuen Einkaufszentren, von denen wiederholt gesprochen wurde, bittet der Redner darauf zu achten, daß es nicht KGW-oder GÖC-Zentren

werden. Auf den Märkten müßten viel mehr Abfallbehälter aufgestellt und die Beleuchtung verbessert werden. Die Bedürfnisanstalten auf den Märkten müßten unbedingt unter die Erde verlegt werden. Die Gewerbepolizei habe ihre Aufgabe gut erfüllt. Sie arbeitet mit den Betrieben sehr gut zusammen. Bei den Schlachthöfen bittet der Redner darauf zu achten, daß die Rohhäute gut abgezogen werden, da sie sonst wertlos sind. Gute Arbeit hat die Veterinärpolizei geleistet, was sich gerade in letzter Zeit wieder gezeigt hat, als von Ungarn verseuchte Tiere geliefert wurden. Der Redner stellt die Frage, wieso es überhaupt möglich ist, daß verseuchtes Vieh über die Grenze kommt.

GR. Dkfm. Dr. Ebert fordert die Errichtung von landwirtschaftlichen Schutzgebieten in unserer Stadt. Jeder Landwirtschaftsbetrieb, der innerhalb unserer Stadt verschwindet, hat zur Ursache, daß Obst und Gemüse nicht mehr so frisch geliefert werden können und durch den Transport auch teurer sind. Bei Absiedlungen oder Umsiedlungen müßte man die Entschädigungen einheitlicher festlegen.

Der Redner kommt sodann auf den Naschmarkt zu sprechen und stellt fest, daß von seiner Neuplanung viel gesprochen, bisher aber nichts unternommen wurde. Er stellt daher den Beschlußantrag, alles zu unternehmen, daß der zukünftige Platz des neuen Naschmarktes bald endgültig festgelegt und seine Planung in Angriff genommen wird. Dabei soll auf die Interessen der Marktbenutzer und Marktständinhaber unter Zuziehung der Berufsvertretungen Rücksicht genommen werden. Als noch schwieriger bezeichnet der Redner die Lage beim Schlachthof. Der Schlachthof wurde vor sechzig Jahren für eine Stadt mit vier Millionen Menschen geplant. Für unsere heutigen Verhältnisse ist er viel zu groß. Man investiere jährlich große Beträge ohne daß man weiß, ob diese Beträge nicht umsonst aufgewendet werden. In letzter Zeit hat man sogar neben dem Schlachthof Wohnhausanlagen gebaut, was für die Bewohner dieser Häuser keinesfalls angenehm ist. Man muß sich also klar werden, ob man dort den Schlachthof oder Wohnhäuser haben will.

Der Redner stellt den Beschlußantrag, bald eine klare Entscheidung zu fällen, ob der Schlachthof auf der derzeitigen Anlage verbleibt, da die Situation am Wiener Schlachthof untragbar geworden ist. Der Redner richtet den Appell an die Hausfrauen, nicht immer gerade das teuerste Obst oder Gemüse einzukaufen. Vielfach wird von den Hausfrauen darüber geklagt, daß Obst und Gemüse viel teurer geworden sind. An Hand von Zahlen kann man aber nachweisen, daß das im Durchschnitt nicht der Fall ist. Leider wird von den Leuten aber ausländisches Früho Obst und Gemüse oft zu horrenden Preisen gekauft, während die heimische Ware vielfach nicht anbringbar ist.

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) vergleicht einleitend die Einkaufsmöglichkeiten des Beschaffungsamtes in den ersten Jahren nach dem Kriege mit den derzeitigen hochwertigen Erzeugnissen, die die Stadtverwaltung für ihre Zwecke einkaufen kann. Sie verweist auf die ausgezeichnete Qualität der Artikel, die für die Ausstattung von Heimen, Schulen und Arbeitsräumen beschafft werden. Sie begrüßt ganz besonders, daß die Stadt Wien im Laufe der letzten Jahre auch die Qualität der Säuglingswäschepakete ständig verbessern konnte und die Zöglinge in den städtischen Anstalten sich die Muster ihrer Kleidungsstücke nach eigener Wahl aussuchen dürfen. Zu der von GR. Dkfm. Dr. Ebert vorgebrachten Anregung, man möge das Beschaffungsamt mit der Auswahl der Weihnachtspakete für die Dauerbefürsorgten der Stadt Wien betrauen, erklärt die Rednerin, daß seinerzeit vier Firmen zur Offertlegung eingeladen wurden. Von den zwei Firmen, die sich meldeten, erhielt eine den Auftrag, und zwar diejenige, die von ÖVP-Gemeinderatsmitgliedern vorgeschlagen wurde. GR. Schlinger stellt mit Genugtuung fest, daß die Zusammenarbeit im Gemeinderatsausschuß X gut ist.

Im Verlauf ihrer weiteren Ausführungen beschäftigt sie sich mit den Märkten und erklärt, daß das Augenmerk vor allem auf die Großmärkte gerichtet werden muß. Die Erhaltung der Märkte kostet der Stadtverwaltung viel Geld. Dennoch trägt sie durch die Niederhaltung der Gebühren zur wesentlichen Verbilligung der Marktpreise bei. Sie verweist auf gewisse Preisschwankungen, die vor allem beim Gemüse als saisonbedingt angesehen werden müssen. Sie bemängelt, daß der Fleisckleinhandel mit der Herabsetzung der Großhandelspreise nicht mitgekommen ist. Im Zusammenhang verweist sie auf die Bedeutung der Konsumentenberatung und stellt mit Genugtuung

fest, daß die Funktion dieser Einrichtung erst vor kurzem auch von Vertretern des Handels anerkannt wurde. Die Bestimmung über Auszeichnung der Stoffe begrüßt sie als einen kleinen Schritt vorwärts.

Abschließend zum Kapitel Märkte ersucht die Rednerin, die begonnenen Ausbauarbeiten rasch fortzusetzen. Inländisches Obst ist sicherlich ebenso gut wie ausländisches, bestimmt aber haltbarer. Sie würde es begrüßen, wenn Überschüsse aus der Obsternte mehr als bisher der Erzeugung alkoholfreier Getränke zugeführt werden könnten. Zu den Klagen über die Unzulänglichkeiten in der Gestaltung unserer Marktplätze meint GR. Leopoldine Schlinger, daß die Einberufung einer Enquete, eventuell auch unter Mitwirkung ausländischer Experten, von Nutzen sein könnte. Ihre Fraktion wird den Ansätzen zustimmen.

Stadtrat Bauer sagt in seinem Schlußwort, GR. Lauscher habe wie üblich an den Preisen etwas auszusetzen gehabt. Er habe daher eine Aufstellung machen lassen, die er allen Gemeinderäten zur Verfügung stellen werde, damit sie die Entwicklung an Hand objektiver Beobachtungen feststellen können. Daraus geht zum Beispiel hervor, daß wir 1960 geringere Gemüsepreise hatten als im Vorjahr, mit Ausnahme vielleicht von Kraut. Beim Fleisch liegen die Endverkaufspreise niedriger als 1951.

GR. Lauscher habe auch über die Koalition gesprochen und an 1945 erinnert, als seine Partei auch in der Koalition war. Stadtrat Bauer bemerkt dazu, daß jedoch die Kommunisten selbst aus der Koalition ausgeschieden sind.

Grotesk ist: wir wissen nicht wohin mit der Butter, aber wir haben die Milch noch künstlich abgefettet!

Den Antrag des FPÖ-Redners empfiehlt der Referent dem zuständigen Ausschuß VIII zuzuweisen. Über ein Verbot von Kraftfahrzeugen im Prater gehen die Meinungen sehr auseinander, doch falle auch diese Angelegenheit nicht in seine Geschäftsgruppe.

Er sei überzeugt, daß das Zustandekommen des Buschenschankgesetzes jedenfalls nicht so lange dauern wird, wie das beim Landwirtschaftsgesetz der Fall war.

Über die Maschinenhöfe könne er noch nichts Konkretes sagen. Ein Gesetzentwurf wurde ausgearbeitet und den Kammern zur Stellungnahme geschickt. Erst nach Einlangen der Stellungnahme könne der Entwurf dem Landtag vorgelegt werden.

Was den Blumenmarkt betrifft, so sei die Verkehrsmisere dort tatsächlich ungeheuer groß. Eine Erweiterung des Marktes wäre unbedingt erforderlich, umsomehr als sich der Markt dort wirklich gut eingelebt hat.

Wieso der Rindertransport von Ungarn nach Österreich gekommen ist? Dieser Transport ist nicht nach Österreich, sondern nur durch Österreich gegangen und war für Italien bestimmt. Trotzdem wurde dieser Transport wie jeder andere untersucht, und dabei hat man die Klauenseuche festgestellt. Die Tiere wurden auch geschlachtet.

Über das Schloß Cobenzl haben sich Bund und Gemeinde jetzt geeinigt. Es ist zu hoffen, daß dort wieder ein schönes, in die Landschaft hineinpassendes, Objekt entsteht.

Den Antrag der ÖVP bezüglich des Naschmarktes ebenso wie den Antrag der ÖVP über den Schlachthof empfahl der Referent seinem Ausschuß zur Behandlung zuzuweisen.

StR. Bauer spricht sich gegen eine Verlegung oder Sperre der Markthalle Nußdorfer Straße aus. Viele Frauen kaufen dort mit der Umsteigkarte ein und fahren dann mit der Straßenbahn weiter. In dieser Frage gehen die Meinungsverschiedenheiten quer durch alle Fraktionen. Abschließend ersucht der Stadtrat, den Ansätzen seiner Verwaltungsgruppe die Zustimmung zu erteilen. (Beifall bei ÖVP und SPÖ)

Bei der Abstimmung werden die Ansätze der Verwaltungsgruppe Wirtschaftsangelegenheiten mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ genommen.

Die drei Anträge, betreffend Kennzeichnung der Dienstfahrzeuge, Planung des Neuen Wiener Großmarktes und Entscheidung über den Wiener Schlachthof werden den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

Vorsitzender GR. Dipl.-Ing. Dr.Hengl (ÖVP) unterbricht hierauf die Budgetberatungen und schließt die Sitzung um 17 Uhr

Morgen, Mittwoch, um 9 Uhr früh, werden die Budgetberatungen mit der Behandlung der Geschäftsgruppe XI, Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten, fortgesetzt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

Schweinehauptmarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Unverkauft von der Vorwoche: 0. Neuzufuhren Inland: 6.805, Polen 25; Gesamtauftrieb: 6.830. Verkauft wurde alles.

Preise: Extremware 14 bis 14.20 S, 1. Qualität 13.50 bis 14 S, 2. Qualität 13 bis 13.50 S, 3. Qualität 12 bis 13 S, Zuchten 11.80 bis 12.80 S, Altschneider 10.50 bis 11 S, Ausländische Schweine notierten: Polen 13 S.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine erhöhte sich um 25 Groschen je Kilogramm und beträgt nunmehr 13.31 S.

- - -

Pferdemarkt vom 20. Dezember
=====

20. Dezember (RK) Aufgetrieben wurden 137 Stück, hievon sieben Fohlen. Als Schlachttiere wurden 99 Stück, als Nutztiere 16 Stück verkauft, unverkauft blieben 22 Stück.

Herkunft der Tiere: Niederösterreich 76, Steiermark 6, Oberösterreich 19, Kärnten 14, Burgenland 20, Salzburg 2.

Preise: Schlachttiere, Fohlen 11.50 bis 12.80 S, extrem 7.20 bis 8.80 S, 1. Qualität 6.50 bis 7 S, 2. Qualität 6.10 bis 6.40 S, 3. Qualität 5.20 bis 6 S. Nutztiere, Pferde 5.50 bis 7.40 S.

Auslandsschlachthof: 11 Maultiere aus Bulgarien, Preis 4.50 S.

Der Durchschnittspreis ermäßigte sich bei inländischen Schlachtpferden um einen Groschen und bei Schlachtfohlen um 21 Groschen je Kilogramm. Er beträgt: Schlachtpferde 7.06 S, Schlachtfohlen 11.67 S, Schlacht- und Nutzpferde 6.97, Pferde und Fohlen 7.26 S.

- - -